

100-Tage-Bilanz

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2014). *100-Tage-Bilanz*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-458804>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

100-Tage-Bilanz

INHALT

	Seite
EINSCHÄTZUNG DER ZUSAMMENARBEIT IN DER KOALITION NACH DEN ERSTEN EINHUNDERT TAGEN	1
BREITE ZUSTIMMUNG ZU VIELEN EINZELNEN MASSNAHMEN DER REGIERUNG, ABER AMBI- VALENTES GESAMTURTEIL	9
GRAVIEREND VERÄNDERTE ERWARTUNGEN DER BÜRGER	14
ANDERE NUTZNIESSER DER REGIERUNGSPOLITIK	20
STABILE POLITISCHE AGENDA DER BÜRGER	23

TABELLEN-TEIL

	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I

TABELLEN	Tabelle
----------	---------

Beurteilung der Regierungskoalition

Wie gut klappt die bisherige Zusammenarbeit von CDU/CSU und SPD in der Koalition?	1 a,b
Wer setzt sich in der Regierungskoalition besser durch: die CDU/CSU oder die SPD?	2
Wird der neuen Regierung zugetraut, die Zukunftsprobleme Deutschlands zu bewältigen?	3
Ist die Politik der großen Koalition geeignet, das Land voranzubringen?	4

Tabelle

Übereinstimmung der Standpunkte von CDU/CSU und SPD im Bereich -

- Wirtschaftspolitik.....5
- Energiepolitik.....6
- Integration7
- Gesundheitspolitik8

Erwartungen an die Regierungskoalition

- Bereiche, um die sich die neue Regierung besonders kümmern sollte.....9 a-f
- Erwartungen an die Koalition aus CDU/CSU und SPD10 a-d
- Erwartet man von der neuen Regierung für sich persönlich eher Vorteile oder eher Nachteile?11

Reformen

- Sind sich CDU und SPD weitgehend einig, welche Reformen für Deutschland notwendig sind?.....12
- Hoffnungen bzw. Befürchtungen im Hinblick auf die angekündigten Reformen13
- Eindruck von den bisher geplanten Maßnahmen der neuen Regierung14
- Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, die die Bevölkerung -
 - richtig findet.....15 a-h
 - nicht richtig findet.....16 a-h
- Nutznieser bzw. Benachteiligte der geplanten Reformen im direkten Vergleich.....17
 - Nutznießer.....18 a-d
 - Benachteiligte19 a-d

Politiker

Einverständnis mit der Politik von -

- Angela Merkel20
- Sigmar Gabriel21

Bekanntheitsgrad ausgewählter Politiker.....	22 a,b
Politiker, von denen die Bevölkerung -	
• eine gute Meinung hat.....	23 a,b
• keine gute Meinung hat.....	24 a,b

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

EINSCHÄTZUNG DER ZUSAMMENARBEIT IN DER KOALITION NACH DEN ERSTEN EINHUNDERT TAGEN

Nach den ersten Monaten der großen Koalition ist die Resonanz bei den Bürgern noch durchwachsen, aber in vieler Hinsicht besser als nach den ersten einhundert Tagen der letzten schwarz-gelben Regierung. Zwar haben nur 28 Prozent der Bürger bisher den Eindruck, dass die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern gut funktioniert, während 41 Prozent das Klima in der Koalition als weniger gut und 9 Prozent als überhaupt nicht gut empfinden. Auch in den politisch interessierten Bevölkerungskreisen überwiegt bei weitem die Einschätzung, dass das Koalitionsklima verbesserungsbedürftig ist. Bei den Bürgern, die die Zusammenarbeit in der Koalition kritisch bewerten, überwiegt im Verhältnis 3:1 die Skepsis, ob hier für die Zukunft eine nachhaltige Verbesserung des Koalitionsklimas zu erwarten ist.

Vergleicht man diese Bewertung mit der Anfangsphase der schwarz-gelben Koalition, wird jedoch deutlich, dass die Bürger diesmal über das Koalitionsklima weitaus weniger beunruhigt sind als nach den ersten einhundert Tagen Schwarz-Gelb. Damals waren 70 Prozent der gesamten Bevölkerung überzeugt, dass die Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und FDP nicht sonderlich gut oder überhaupt nicht gut funktioniert; 51 Prozent zeigten sich gleichzeitig skeptisch, ob hier für die Zukunft Besserung zu erwarten ist.

Schaubild 1

Einschätzung des Koalitionsklimas

Frage: "Wie gut klappt die bisherige Zusammenarbeit von CDU/CSU und SPD in der Koalition? Würden Sie sagen, die Zusammenarbeit klappt alles in allem ..."

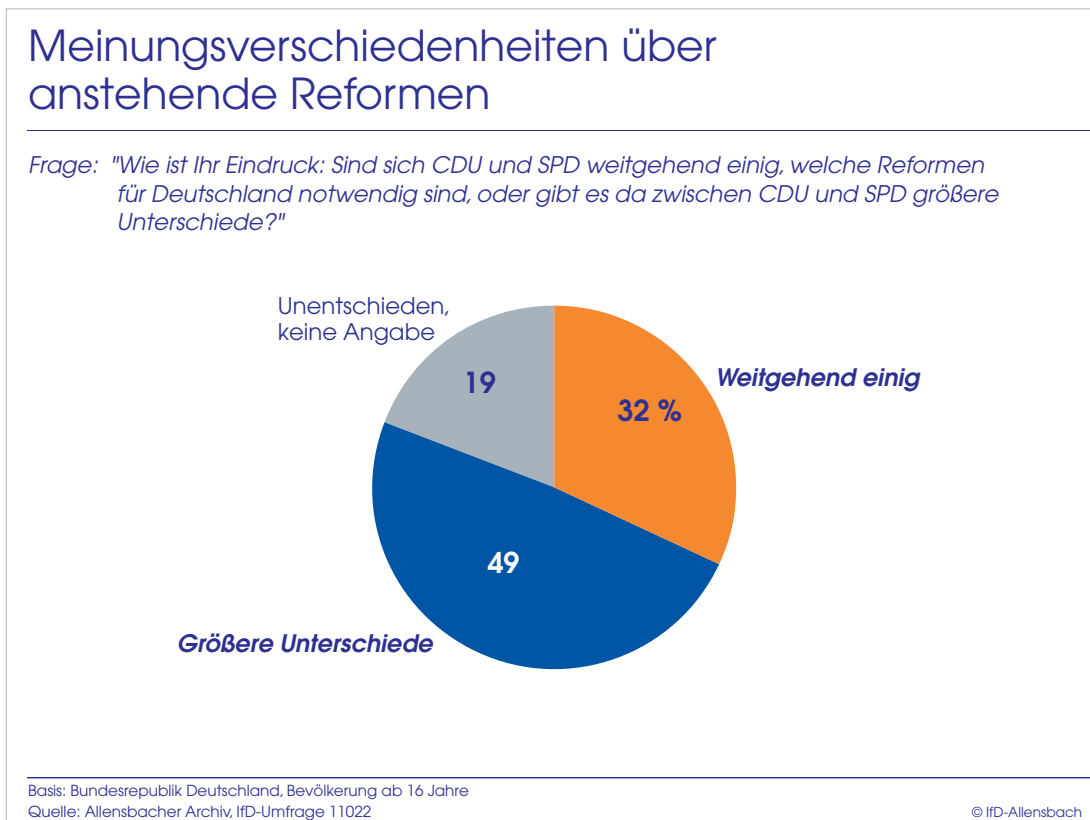
Falls "Klappt weniger bzw. gar nicht gut": "Und wie ist Ihr Eindruck: Sind das nur Anlaufschwierigkeiten, oder gehen Sie davon aus, dass sich das auch in Zukunft nicht bessern wird?"

	2010	2014	
	Bevölkerung insgesamt %	Bevölkerung insgesamt %	Politisch Interessierte %
Zusammenarbeit klappt -			
sehr gut	1	2	2
gut	15	26	30
weniger gut	48	41	45
gar nicht gut	22	9	11
Und das -			
sind nur Anlaufschwierigkeiten	11	11	11
wird sich auch in Zukunft nicht bessern	51	34	40
Unentschieden, keine Angabe	8	5	5
Unentschieden, keine Angabe	14	22	12
	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

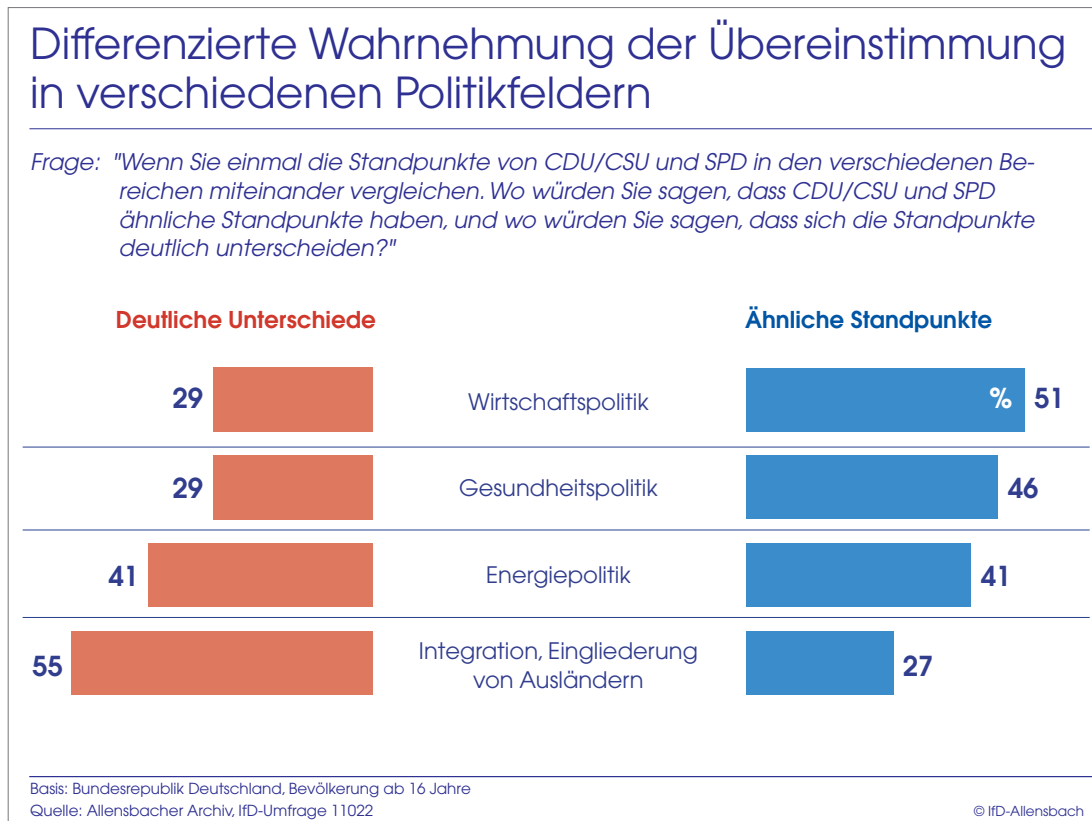
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11022

© IfD-Allensbach

Diejenigen, die auch aktuell das Koalitionsklima für verbesserungsbedürftig halten, sehen in der Regel auch größere Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU und SPD, welche Maßnahmen und Reformen das Land in den nächsten Jahren braucht. 32 Prozent der Bürger haben den Eindruck, dass die Koalitionspartner hier weitgehend einig sind, 49 Prozent diagnostizieren größere Unterschiede.



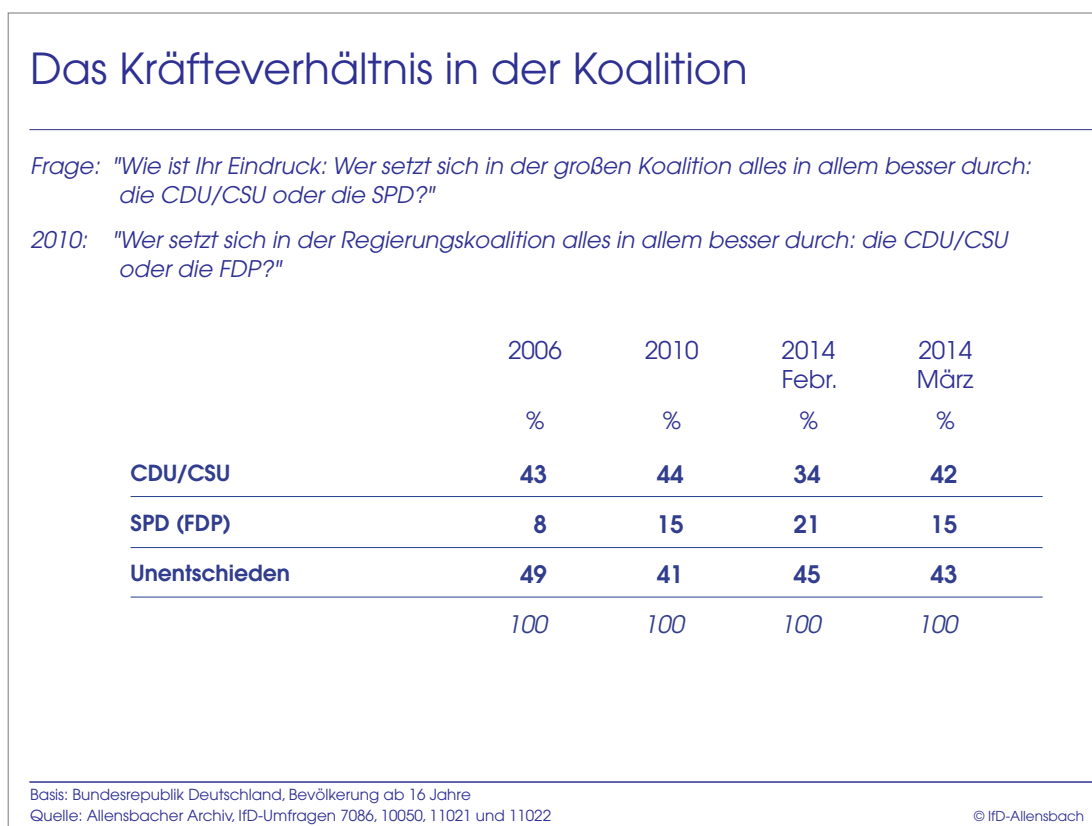
Dabei hängt es sehr von dem jeweiligen Politikfeld ab, ob die Bürger Meinungsverschiedenheiten oder weitgehenden Konsens wahrnehmen. So überwiegt in Bezug auf die Wirtschafts- und Gesundheitspolitik der Eindruck, dass die Standpunkte von CDU/CSU und SPD relativ nahe beieinander liegen. In Bezug auf die Energiepolitik sehen 41 Prozent weitgehenden Konsens, ebenso viele jedoch deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU/CSU und SPD. In Bezug auf die Ausländerpolitik ist die Mehrheit der Bürger überzeugt, dass es zwischen den Standpunkten der Koalitionspartner erhebliche Unterschiede gibt.



In den letzten Monaten wurde in der öffentlichen Diskussion immer wieder die These vertreten, dass sich die SPD in der Koalition mit ihren Anliegen weitaus besser durchsetzt als die Unionsparteien. Dies ging insbesondere auf die Ankündigungen und Beschlüsse in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zurück. Interessanterweise fällt die Bilanz der Bürger, wer sich in der Koalition besonders gut durchsetzt, heute nicht wesentlich anders aus, als in der Anfangsphase der letzten großen Koalition und der schwarz-gelben Koalition. 2006 waren 43 Prozent überzeugt, dass sich die CDU/CSU in der Koalition besser durchsetzt, 2010 44 Prozent, aktuell 42 Prozent. Allerdings wurde der SPD 2006 noch weniger Durchsetzungskraft zugeschrieben als aktuell: Damals hatten 8 Prozent der Bevölkerung den Eindruck, dass die SPD mit ihren Vorstellungen dominiert, aktuell 15 Prozent.

Gleichzeitig zeigt die Trendanalyse über die letzten Monate hinweg jedoch, dass die Diskussionen über das Kräfteverhältnis in der Koalition durchaus vorübergehend Wirkung entfaltet haben. So waren im Februar lediglich 34 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass die CDU/CSU den Koalitionskurs stärker bestimmt als die SPD, während 21 Prozent dies umgekehrt der SPD zuschrieben. Generell gilt jedoch, dass sich ein großer Anteil der Bevölkerung, der zwischen 41 und 49 Prozent schwankt, in dieser Frage kein Urteil zutraut.

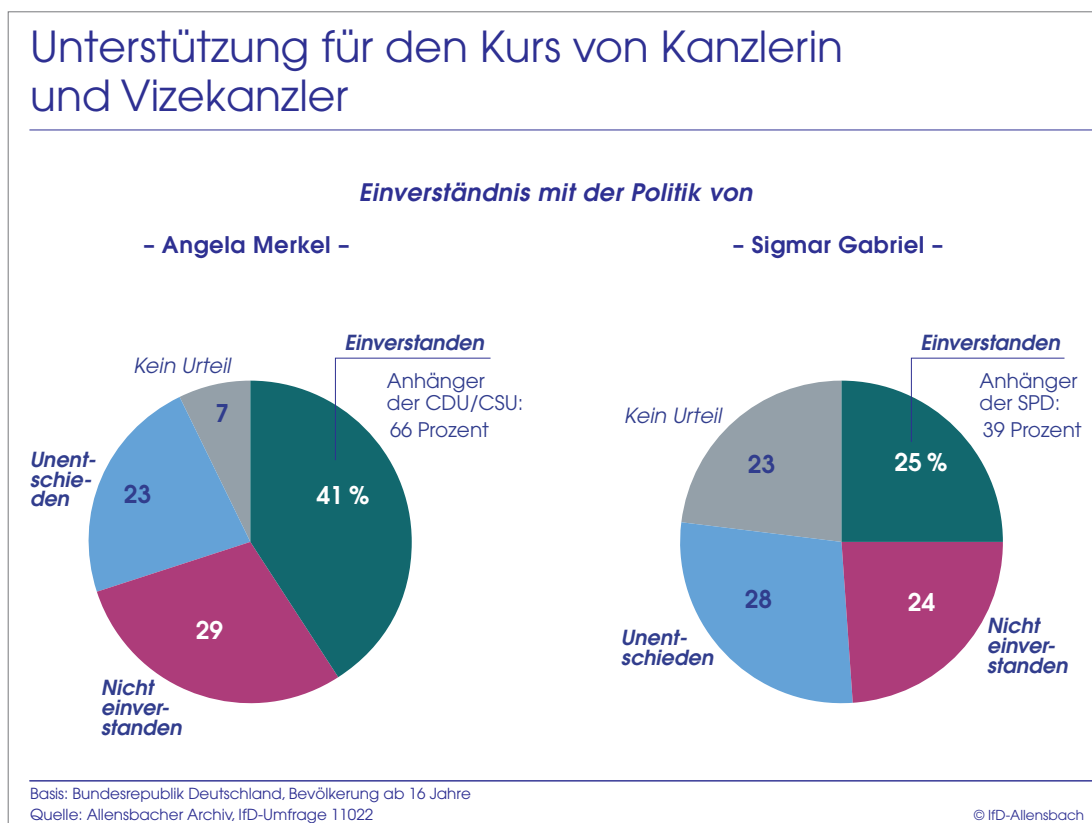
Schaubild 4



Die CDU/CSU wird nicht nur als die dominierende Kraft in der Koalition wahrgenommen, sondern findet auch unverändert weitaus mehr Unterstützung als ihr Koalitionspartner. Dies belegen nicht nur die Parteizahlen, die gegenüber den Ergebnissen der Bundestagswahl ein nahezu unverändertes Bild zeigen, sondern auch die Unterstützung für die Führungsfiguren Angela Merkel und Sigmar Gabriel.

Der Anteil derjenigen, die sich mit dem politischen Kurs von Angela Merkel und Sigmar Gabriel einverstanden erklären, ist bemerkenswerterweise völlig identisch mit den derzeitigen Zweitstimmenabsichten. So, wie zurzeit knapp 41 Prozent der Bevölkerung zur CDU/CSU tendieren und 25 Prozent zur SPD, erklären sich auch 41 Prozent mit dem Kurs der Kanzlerin einverstanden, 25 Prozent mit dem Kurs von Sigmar Gabriel. 29 Prozent der Bevölkerung bewerten den Kurs von Angela Merkel kritisch, 24 Prozent den von Sigmar Gabriel. Sigmar Gabriel trifft damit nicht auf mehr Kritik als Angela Merkel, sondern auf ein noch schwach entwickeltes Meinungsbild. So ist gut die Hälfte der gesamten Bevölkerung unsicher, wie der politische Kurs von Sigmar Gabriel zu bewerten ist; in Bezug auf den politischen Kurs von Angela Merkel sind lediglich 30 Prozent unentschieden bzw. trauen sich kein Urteil zu. Es fällt jedoch auf, dass die Anhänger der SPD nach wie vor mit dieser Koalition deutlich mehr Probleme haben als die Anhänger der CDU/CSU. So erklären sich nur 39 Prozent der Anhänger der SPD mit dem Kurs von Sigmar Gabriel einverstanden, dagegen zwei Drittel der Anhänger der CDU/CSU mit dem Kurs von Angela Merkel.

Schaubild 5



Von den Mitgliedern des Kabinetts wie auch von anderen Spitzenpolitikern, die neue Positionen übernommen haben, sind viele der Mehrheit bisher kein Begriff. Das gilt für die Minister Schwesig, Wanka, Maas, Gröhe, Müller, Schmidt und Hendricks wie für die Politiker Anton Hofreiter und Bernd Lucke. Die Minister Wanka, Maas und Gröhe sind bisher jedem dritten Bundesbürger ein Begriff, Gerd Müller jedem viertem, die Minister Schmidt und Hendricks jedem fünftem. Für die bisher wenig bekannten Minister und Ministerinnen gilt auch durchgängig, dass sich bisher nur wenige ein klares Urteil von ihnen gebildet haben – auch nur wenige von denjenigen, denen die Minister zumindest ein Begriff sind. So fällen weniger als 10 Prozent ein positives Urteil über die Minister Maas, Gröhe, Müller, Schmidt und Hendricks; negative Urteile werden jedoch noch weniger gefällt. So beurteilen 10 Prozent Johanna Wanka positiv, 5 Prozent sehen sie kritisch, während auch die große Mehrheit derjenigen, denen sie ein Begriff ist, von ihr bzw. ihrer Arbeit kein klares Bild haben.

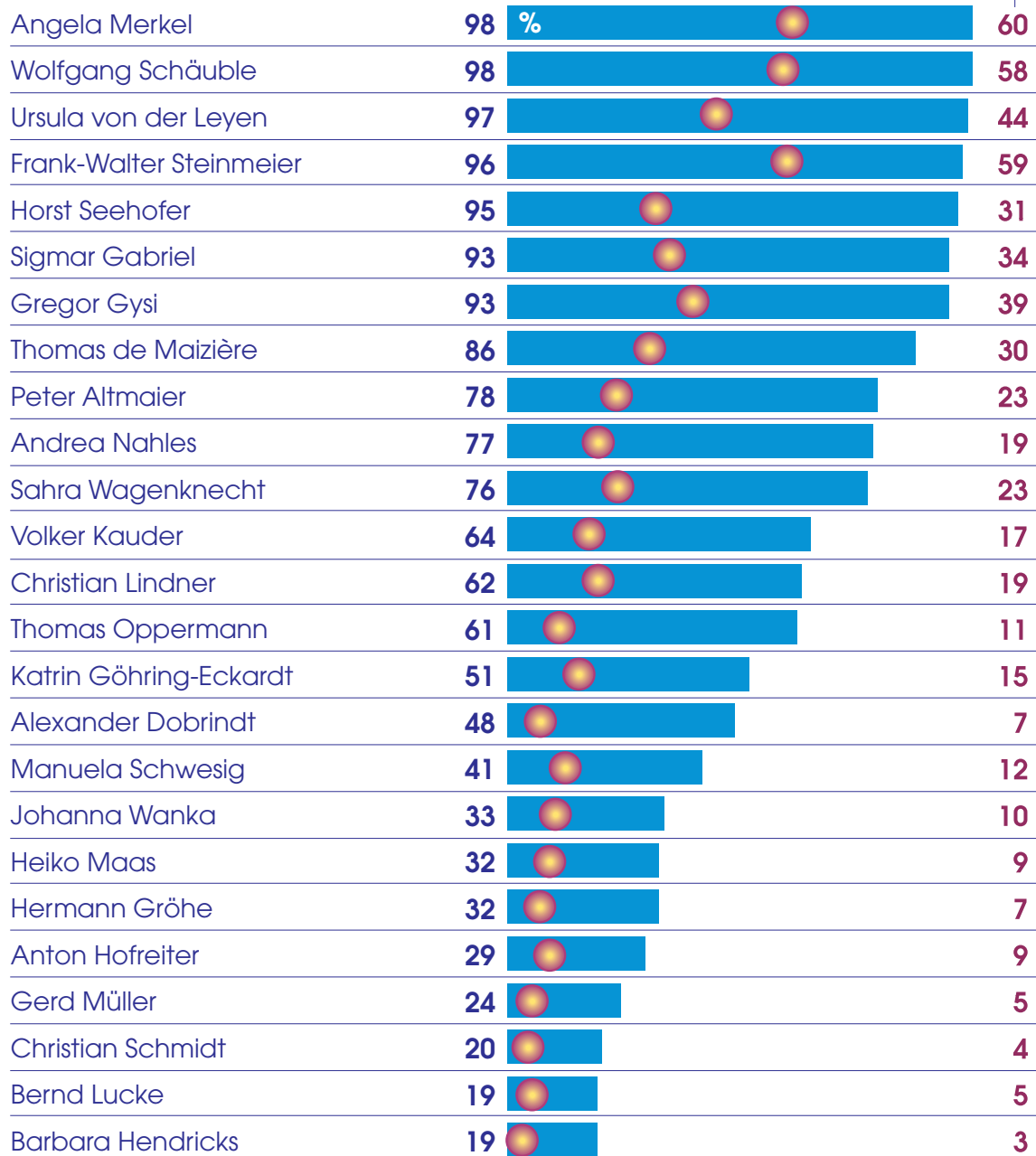
Zu den bekanntesten Politikern gehören neben Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und Ursula von der Leyen Frank-Walter Steinmeier, Horst Seehofer, Sigmar Gabriel und Gregor Gysi, die durchgängig mehr als 90 Prozent der Bevölkerung ein Begriff sind. Über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügen auch die Minister de Maizière, Altmaier und Nahles wie auch die Fraktionsvorsitzenden Kauder und Oppermann. Am populärsten sind neben der Kanzlerin der Finanzminister und der Außenminister, die von jeweils knapp 60 Prozent der Bürger positiv beurteilt werden. Insgesamt gibt es nur wenige Spitzenpolitiker, bei denen kritische Stimmen gegenüber positiven überwiegen. Von Andrea Nahles haben 19 Prozent einen positiven, 32 Prozent einen negativen Eindruck. Ähnlich ist das Bild bei Sahra Wagenknecht. Auch Thomas Oppermann verzeichnet zurzeit signifikant mehr Kritik als Anerkennung: 61 Prozent ist der Fraktionsvorsitzende der SPD bekannt, 11 Prozent sehen ihn und seine Arbeit positiv, 23 Prozent kritisch.¹

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 24 a)

Bekanntheitsgrad und Beurteilung von Spitzenpolitikern

Frage: "Hier habe ich Karten mit Namen von Politikern. Könnten Sie die bitte einmal durchsehen und mir alle herauslegen, von denen Sie schon einmal gehört oder gelesen haben?"

● Es haben eine gute Meinung von diesem Politiker



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11022

© IfD-Allensbach

BREITE ZUSTIMMUNG ZU VIELEN EINZELNEN MASSNAHMEN DER REGIERUNG, ABER AMBIVALENTES GESAMTURTEIL

Die große Koalition bekommt von den Bürgern einen höheren Vertrauensvorschuss, als dies bei der schwarz-gelben Regierung nach den ersten Monaten der Fall war. Anfang 2010 war die Mehrheit der Bevölkerung skeptisch, ob die neue schwarz-gelbe Regierung die Zukunftsprobleme des Landes bewältigen wird. Lediglich 20 Prozent trauten dies damals der neuen Regierung zu. Heute liegt der Anteil fast doppelt so hoch: 38 Prozent trauen der großen Koalition die Bewältigung der Zukunftsprobleme zu, 35 Prozent sind skeptisch.

Schaubild 7

Vertrauensvorschuss		
<i>Frage: "Trauen Sie der neuen Regierung aus CDU/CSU und SPD zu, dass sie in der Lage ist, die Zukunftsprobleme unseres Landes zu bewältigen, oder trauen Sie ihr das nicht zu?"</i>		
<i>2010: "Trauen Sie der neuen schwarz-gelben Regierung in Berlin zu, dass sie in der Lage ist, die Zukunftsprobleme unseres Landes zu bewältigen, oder trauen Sie ihr das nicht zu?"</i>		
	2010	2014
	%	%
Traue ich ihr zu	20	38
Traue ich ihr nicht zu	51	35
Unentschieden, keine Angabe	29	27
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10050 und 11022

© IfD-Allensbach

Die Bilanz der ersten Monate fällt allerdings wesentlich kritischer aus. Die bisherigen Pläne und Beschlüsse halten nur 23 Prozent der Bürger für geeignet, das Land voranzubringen, während die Mehrheit dezidierte Zweifel äußert. Schon unmittelbar unter dem Eindruck der Koalitionsbeschlüsse zeigte sich die Mehrheit skeptisch, und bisher ist es nur sehr begrenzt gelungen, diese Skepsis abzubauen.

Schaubild 8

Skepsis nach den ersten Monaten

Frage: "Wenn Sie einmal an die Politik der großen Koalition denken, so wie sie sich bislang abzeichnet: Ist diese Politik Ihrer Ansicht nach geeignet, das Land voranzubringen, oder haben Sie da Zweifel?"

	2013	2014
	%	%
Geeignet	24	23
Habe Zweifel	56	52
Unentschieden	17	21
Keine Angabe	3	4
	<i>100</i>	<i>100</i>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11018 und 11022 © IfD-Allensbach

Von den bisherigen Maßnahmen und Plänen hat ein Viertel der Bevölkerung einen guten Eindruck, 29 Prozent keinen guten Eindruck. Fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung enthält sich der Stimme. Die Anhänger der Regierungsparteien ziehen eine positivere Bilanz als der Durchschnitt der Bevölkerung. Auch von ihnen hat jedoch nur rund ein Drittel von den bisherigen Maßnahmen einen guten Eindruck, 23

Prozent der Anhänger der CDU/CSU und 18 Prozent der SPD-Anhänger keinen guten Eindruck.

Schaubild 9

Ambivalente Bilanz

Frage: "Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie bisher über die geplanten Maßnahmen der neuen Regierung gehört oder gelesen haben: Haben Sie von den geplanten Maßnahmen eher einen guten oder keinen guten Eindruck?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der -	
		CDU/CSU	SPD
	%	%	%
Guten Eindruck	25	31	33
Keinen guten Eindruck	29	23	18
Unentschieden, keine Angabe	46	46	49
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11022

© IfD-Allensbach

Wenn es fast der Hälfte der Bevölkerung schwerfällt, eine Bilanz der bisherigen Beschlüsse und Pläne zu ziehen, so gilt dies keineswegs für die Einzelmaßnahmen. Hier hat die überwältigende Mehrheit durchaus eine sehr dezidierte Meinung, die zudem in einem auffälligen Kontrast zu dem ambivalenten Gesamturteil steht. Viele der Pläne und Beschlüsse werden von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen. Dies gilt für den flächendeckenden Mindestlohn wie für die Mietpreisbremse, für die frühere Gleichstellung von Leiharbeitern wie für die Rente mit 63, für die Mütterrente wie für die flexiblere Gestaltung der Elternzeit oder den Plan, dass der Zusatzbeitrag für gesetzlich Krankenversicherte künftig

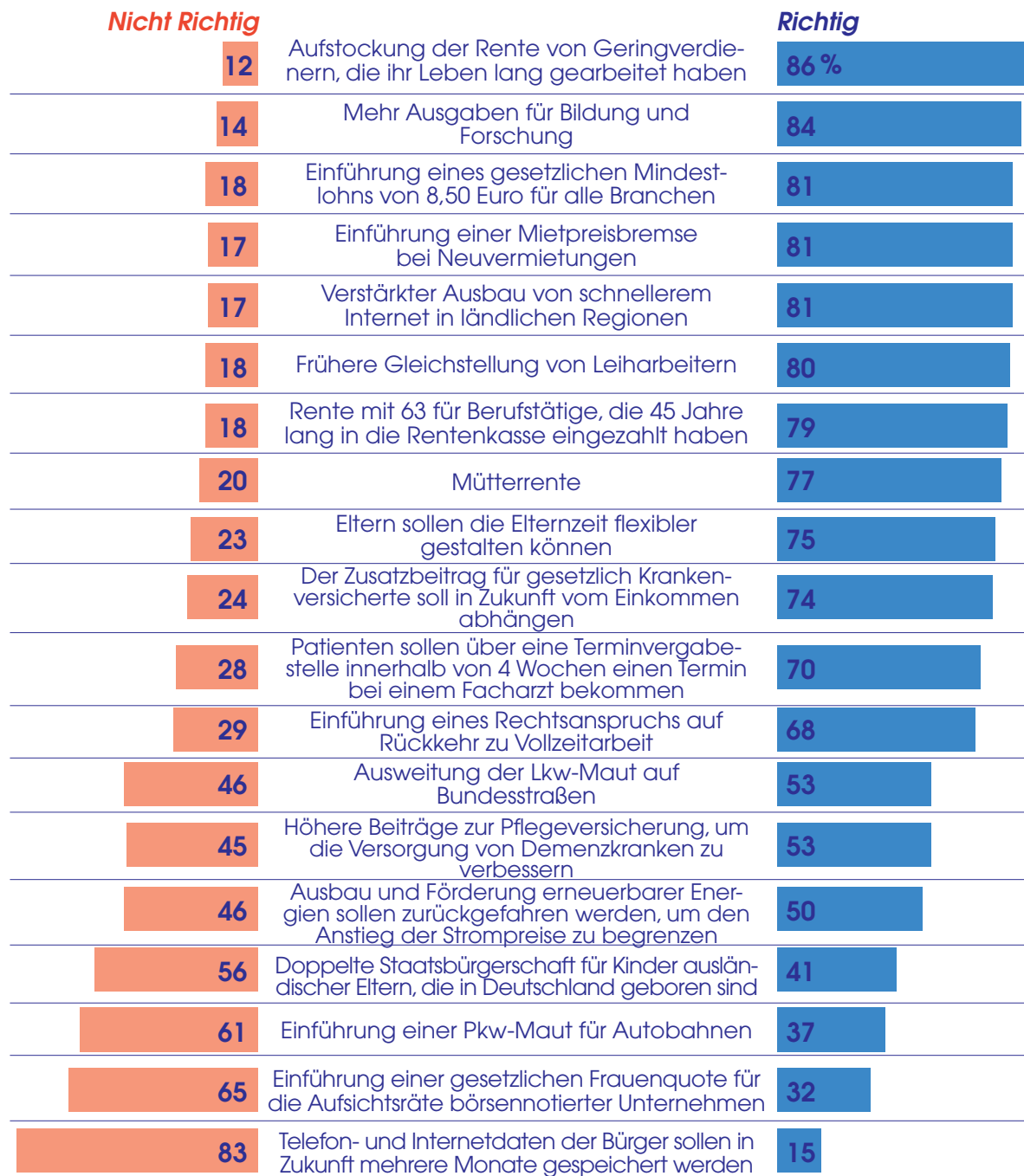
einkommensabhängig erhoben werden soll. Durchgängig halten mindestens drei Viertel der Bürger diese Beschlüsse und Pläne für richtig, nur kleine Minderheiten für falsch. Auch die Einrichtung einer zentralen Terminvergabestelle wird von 70 Prozent der Bevölkerung befürwortet. Ähnlich hoch ist die Zustimmung zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Rückkehr zu Vollzeitarbeit.

Darüber hinaus gibt es einige Maßnahmen, die stärker umstritten sind, aber trotzdem von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet werden. Dies gilt für die Ausweitung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen, für höhere Beiträge zur Pflegeversicherung und die Drosselung des Ausbaus und der Förderung regenerativer Energien.

Nur wenige Maßnahmen treffen überwiegend auf Ablehnung. Dies gilt vor allem für die Vorratsdatenspeicherung, aber auch für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote, für eine Pkw-Maut und die doppelte Staatsbürgerschaft für Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren sind. Insgesamt fällt die Summe der Urteile über die einzelnen Maßnahmen und Pläne weitaus positiver aus als die Gesamtbilanz der Bevölkerung und ihr Zutrauen, dass das bisherige Regierungsprogramm geeignet ist, das Land voranzubringen.

Breite Zustimmung zu den meisten Plänen und Beschlüssen

Frage: "Hier auf den Karten stehen einige Maßnahmen, auf die sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag geeinigt haben. Welche dieser Maßnahmen halten Sie für richtig, und welche finden Sie nicht richtig?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11022

© IfD-Allensbach

GRAVIEREND VERÄNDERTE ERWARTUNGEN DER BÜRGER

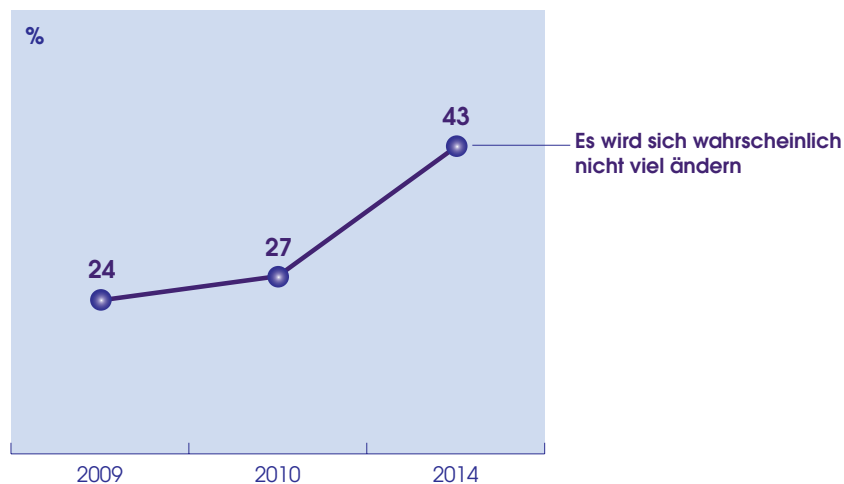
Die große Koalition hat nach einhundert Tagen einen größeren Vertrauensvorschluss als ihre Vorgängerregierung. Wie anders die Bürger dieser Koalition gegenüberstehen, als das bei der schwarz-gelben Regierung der Fall war, zeigen besonders eindrucksvoll die Erwartungen an diese Legislaturperiode. Diese Erwartungen differieren weitaus stärker als die Bilanz der ersten Regierungsmonate.

Die Bürger erwarten für die kommenden Jahre vor allem eines: Kontinuität. 43 Prozent der gesamten Bevölkerung sind überzeugt, dass sich an dem Kurs der Regierung wahrscheinlich nicht viel ändern wird. Es liegt nahe, dies darauf zurückzuführen, dass die Kanzlerin und die führende Regierungspartei nicht gewechselt haben. Dies war jedoch auch nach der letzten Bundestagswahl der Fall. Trotzdem waren die Bürger damals weitaus weniger überzeugt, dass der Regierungskurs im Großen und Ganzen von Kontinuität geprägt sein würde. Nach den ersten einhundert Tagen waren lediglich 27 Prozent überzeugt, dass sich voraussichtlich nicht viel verändern wird – weitaus weniger, als dies zurzeit der Fall ist.

Viele Bürger erwarten Kontinuität

Frage: "Jetzt, wo CDU/CSU und SPD an der Regierung sind, was erwarten Sie da? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."

2009, 2010: "Jetzt, wo CDU/CSU und FDP an der Regierung sind, was erwarten Sie da? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."



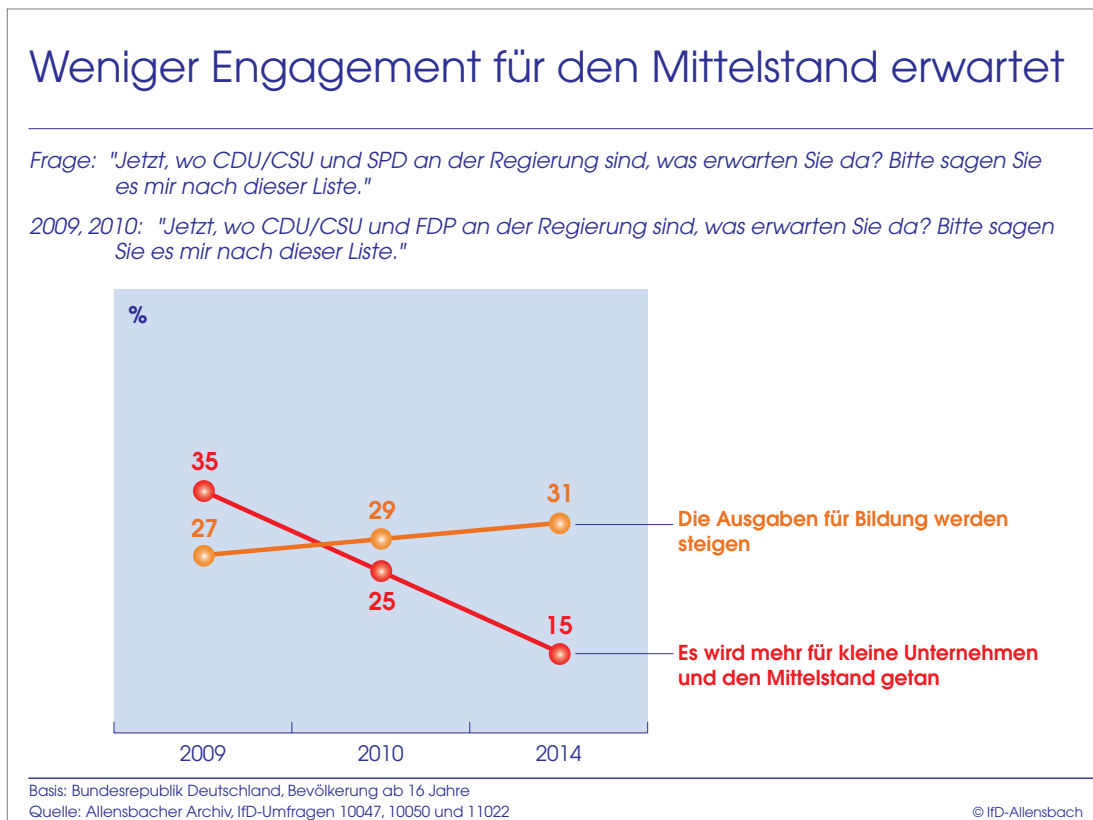
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10047, 10050 und 11022

© IfD-Allensbach

Außer Kontinuität gibt es nur wenig, was von dieser Regierung mehr erwartet wird als von der Vorgängerregierung. Tendenziell ist die Überzeugung angestiegen, dass die Ausgaben für Bildung steigen werden; 2010 waren davon 29 Prozent überzeugt, aktuell 31 Prozent. Insgesamt unterscheiden sich die Erwartungen jedoch primär dadurch, dass Erwartungen und insbesondere Befürchtungen heute eine geringere Rolle spielen als nach den Anfangsmonaten der schwarz-gelben Koalition. Zum einen rechnet die Bevölkerung heute weniger damit, dass viel für kleine Unternehmen und den Mittelstand getan wird. Diese Erwartung spielte insbesondere am Anfang der schwarz-gelben Koalition eine signifikant größere Rolle. So waren 2009 35 Prozent überzeugt, dass die schwarz-gelbe Regierung mehr für den Mittelstand tun würde; nach den ersten hundert Tagen hatten zwar viele diese Erwartung bereits zurückgenommen; 2010 gingen lediglich noch 25 Prozent davon

aus, dass sich die Regierung stark für kleine Unternehmen und den Mittelstand engagieren würde. Aktuell erwarten dies lediglich 15 Prozent.

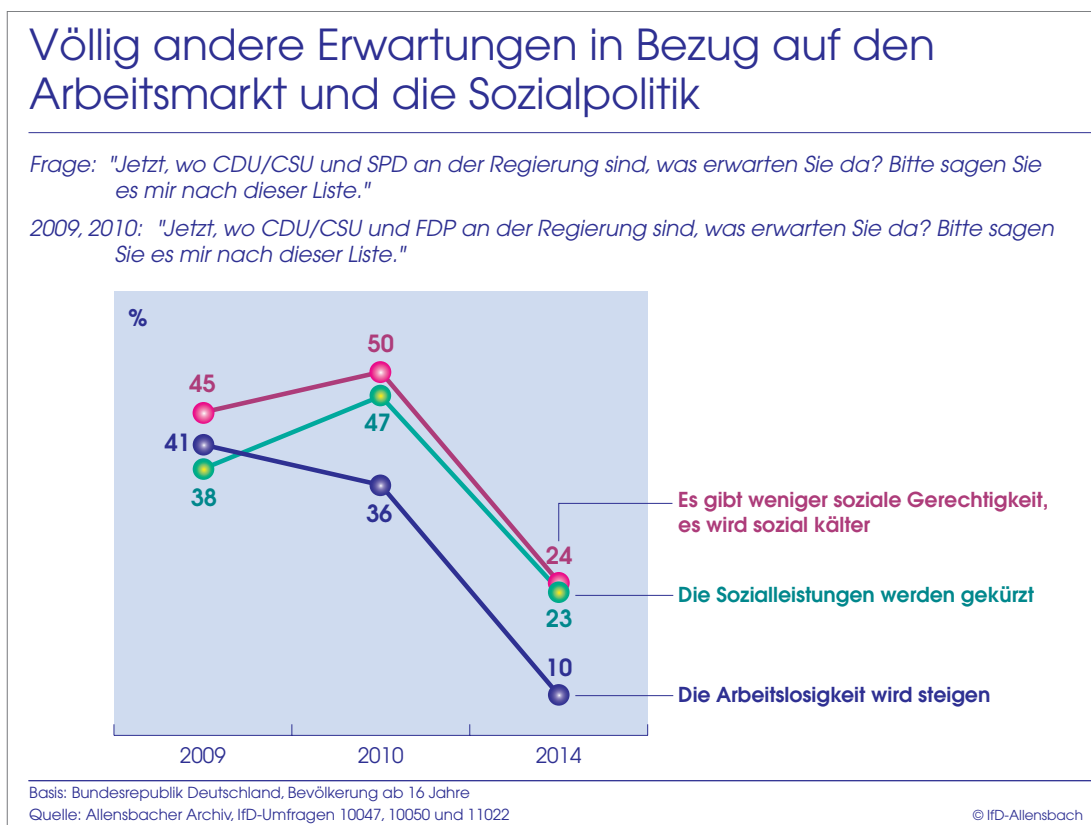
Schaubild 12



Die gravierendsten Veränderungen betreffen jedoch den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik. 2010 und insbesondere 2009 stand die Bevölkerung noch unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Entsprechend rechneten 2009 41 Prozent und nach den ersten Regierungsmonaten der schwarz-gelben Koalition 36 Prozent mit einer ansteigenden Arbeitslosigkeit. Dies erwarten zurzeit nur noch 10 Prozent. Dies hat natürlich nur eingeschränkt mit dem Regierungswechsel zu tun, sondern in hohem Maße mit der stabil guten Konjunktur in Deutschland. Anders ist dies jedoch bei den Erwartungen der Bevölkerung zur Sozialpolitik. Nach den ersten

Regierungsmonaten von Schwarz-Gelb rechneten 47 Prozent der gesamten Bevölkerung damit, dass in der laufenden Legislaturperiode Sozialleistungen gekürzt werden. Gleichzeitig ging die Hälfte der Bevölkerung davon aus, dass die Legislaturperiode von weniger sozialer Gerechtigkeit und mehr sozialer Kälte bestimmt sein würde. Diese Erwartungen haben sich drastisch verändert. Der Anteil der Bürger, die eine Politik gegen das Ziel der sozialen Gerechtigkeit erwarten, ist von 50 auf 24 Prozent gesunken, die Befürchtung, dass Sozialleistungen gekürzt werden, von 47 auf 23 Prozent.

Schaubild 13



Die Überzeugung der großen Mehrheit, dass keine Schnitte in das soziale Netz zu erwarten sind, führt auch dazu, dass der Anteil der Bürger, die für sich persönlich Nachteile von der neuen Regierung befürchten, auf einen Tiefpunkt gesunken ist.

2010 rechneten 29 Prozent der Bürger mit persönlichen Nachteilen, aktuell nur noch 13 Prozent. Dass dies keineswegs automatisch mit einer Regierungsbeteiligung der SPD verbunden ist, zeigt der Vergleich zu 2005. Nach der Etablierung der damaligen großen Koalition rechneten 50 Prozent der gesamten Bevölkerung mit Nachteilen. Die anhaltende Reformdebatte der Jahre zuvor und die Beschlüsse im Zusammenhang mit der Agenda 2010 führten dazu, dass die Bürger damals von keiner der Volksparteien eine konsequente Verteidigung des Sozialstaates erwarteten.

Während die Sorgen, dass man persönlich von Reformen der neuen Regierung negativ betroffen sein könnte, steil zurückgegangen sind, haben sich umgekehrt Hoffnungen auf Vorteile nur begrenzt erhöht. 2005 versprachen sich 12 Prozent der Bürger Vorteile von der Politik der neuen Regierung, 2010 14 Prozent, aktuell 19 Prozent. Die große Mehrheit geht zurzeit davon aus, dass die Politik der neuen Regierung für sie persönlich keinerlei Auswirkungen haben wird.

Schaubild 14

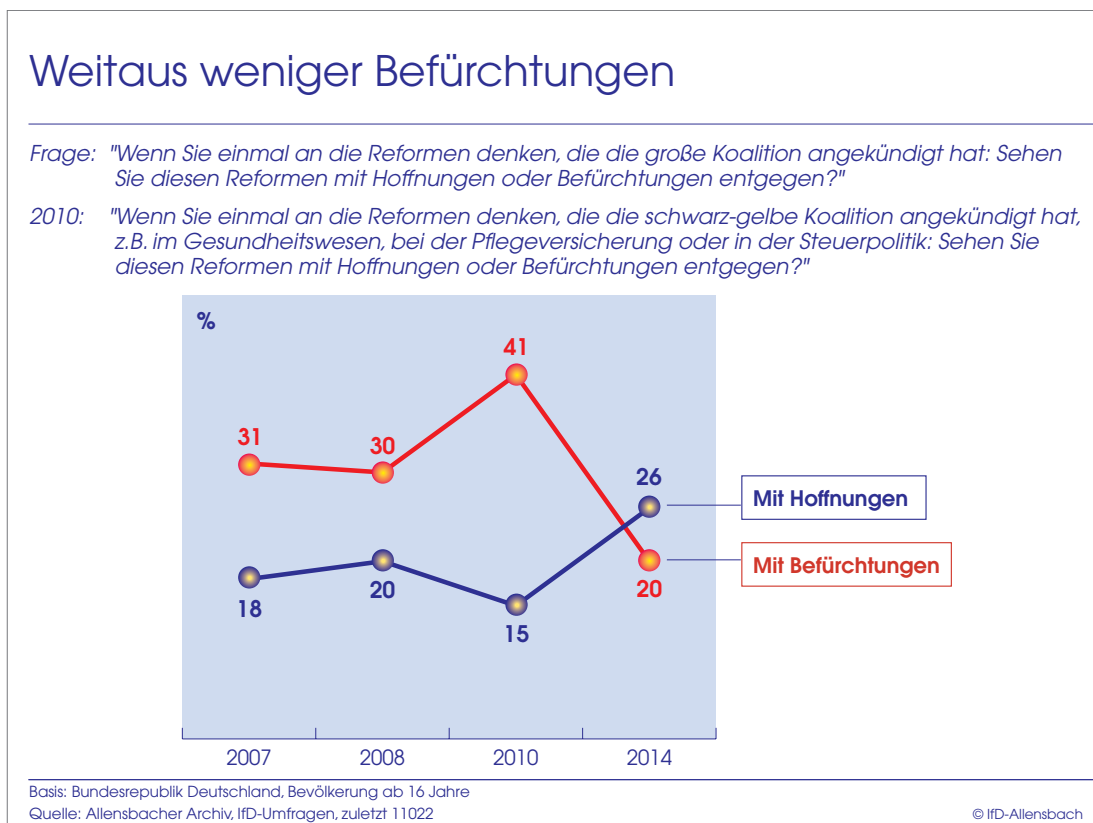
Persönliche Befürchtungen auf dem Tiefpunkt			
<i>Frage: "Was erwarten Sie persönlich von der neuen Regierung: Erwarten Sie für sich persönlich eher Vorteile oder eher Nachteile, oder erwarten Sie keine Auswirkungen auf Ihre Situation?"</i>			
	2005	2010	2014
	%	%	%
Vorteile	12	14	19
Nachteile	50	29	13
Keine Auswirkungen	31	47	56
Unentschieden, keine Angabe	7	10	12
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7082, 10052 und 11022

© IfD-Allensbach

Auch abseits der persönlichen Kosten-Nutzen-Bilanz wecken die angekündigten Reformen der großen Koalition mehr Hoffnungen als Befürchtungen. 26 Prozent sehen den Veränderungen hoffnungsvoll entgegen, lediglich 20 Prozent mit Befürchtungen. Auch hier zeigt sich im Vergleich zu 2010, dass die gravierende Veränderung vor allem in der Absenkung der Befürchtungen besteht. 2010 waren 41 Prozent der Bürger über die bevorstehenden Reformen besorgt – mehr als doppelt so viele als zurzeit.

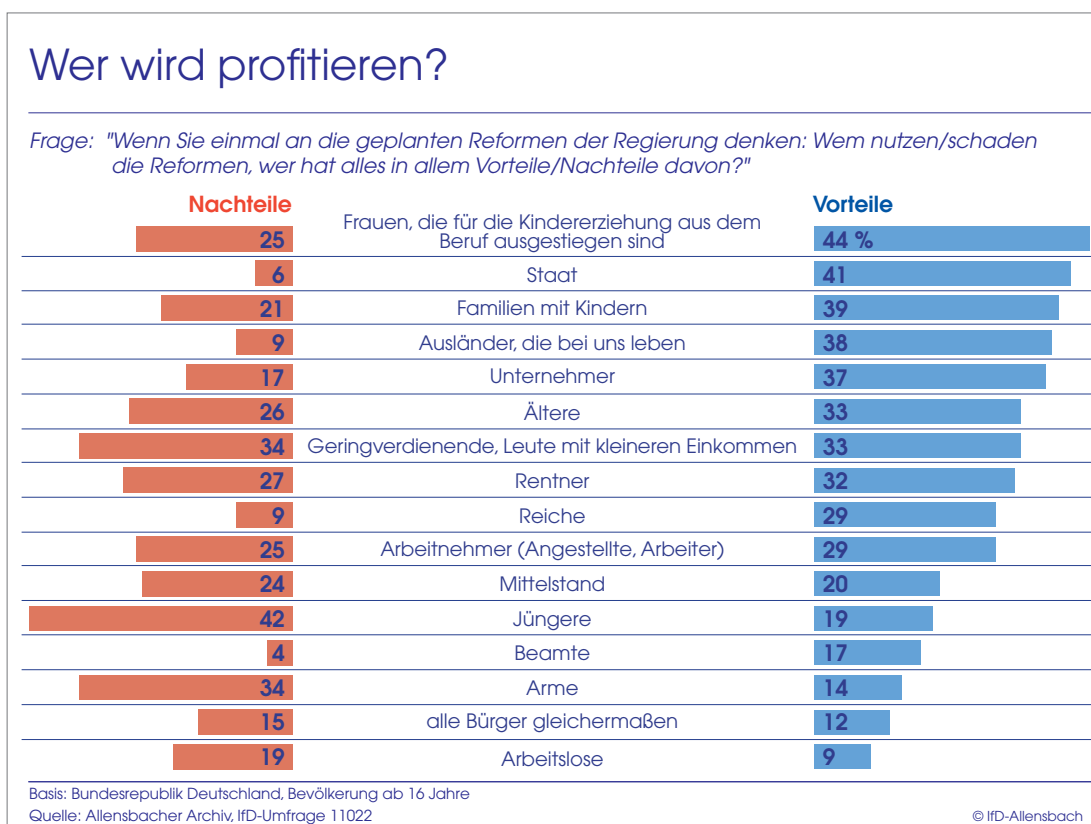
Schaubild 15



ANDERE NUTZNIESSER DER REGIERUNGSPOLITIK

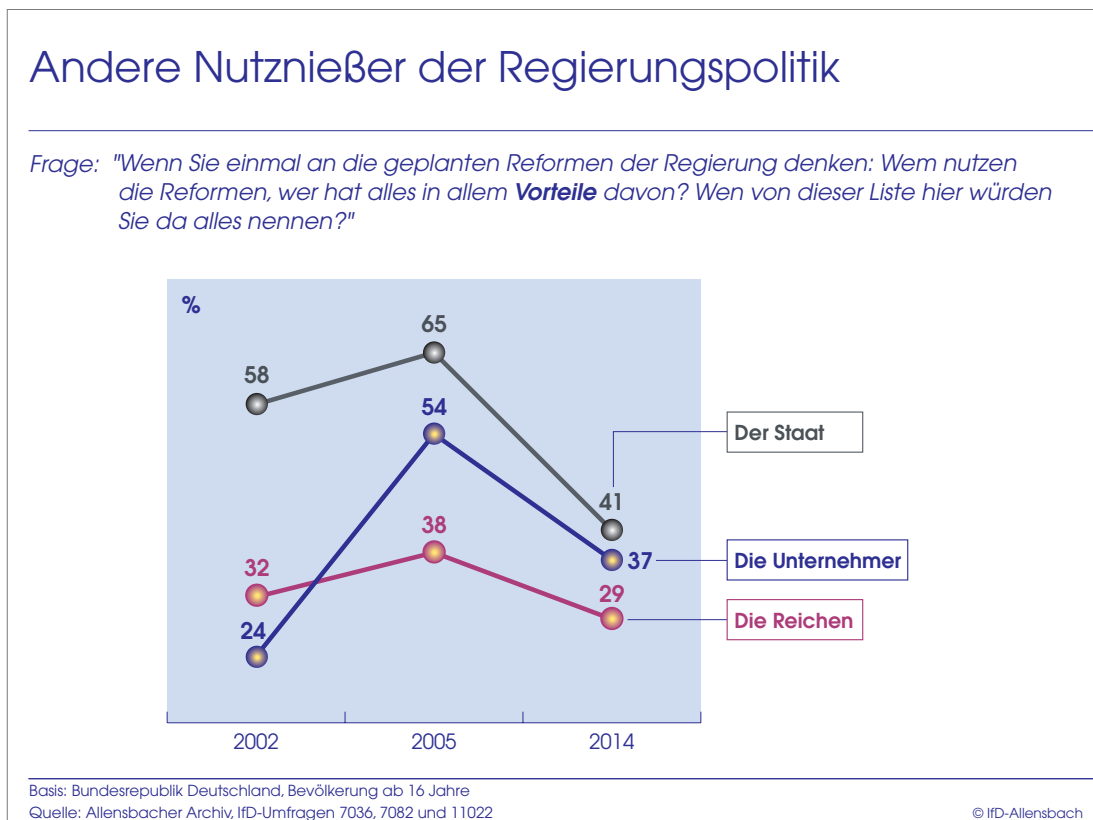
Mit den Erwartungen für die Legislaturperiode haben sich auch die Vorstellungen verändert, wer von der Regierungspolitik profitieren wird und wer mit Nachteilen rechnen muss. Als Nutznießer des sich abzeichnenden Regierungsprogramms für diese Legislaturperiode sehen die Bürger vor allem Frauen, die für die Kindererziehung aus dem Beruf ausgestiegen sind, Familien mit Kindern, Ausländer und den Staat selbst. Nachteile müssen dagegen aus der Sicht der Bürger vor allem die Jüngeren in Kauf nehmen, gefolgt von den unteren Sozialschichten und Geringverdienern. Während nur 26 Prozent davon ausgehen, dass die ältere Generation mit Nachteilen rechnen muss, sehen 42 Prozent Nachteile für die jüngere Generation. In Bezug auf Geringverdiener und Arme gehen 34 Prozent von Nachteilen durch die Regierungspolitik aus, in Bezug auf Rentner 27 Prozent.

Schaubild 16



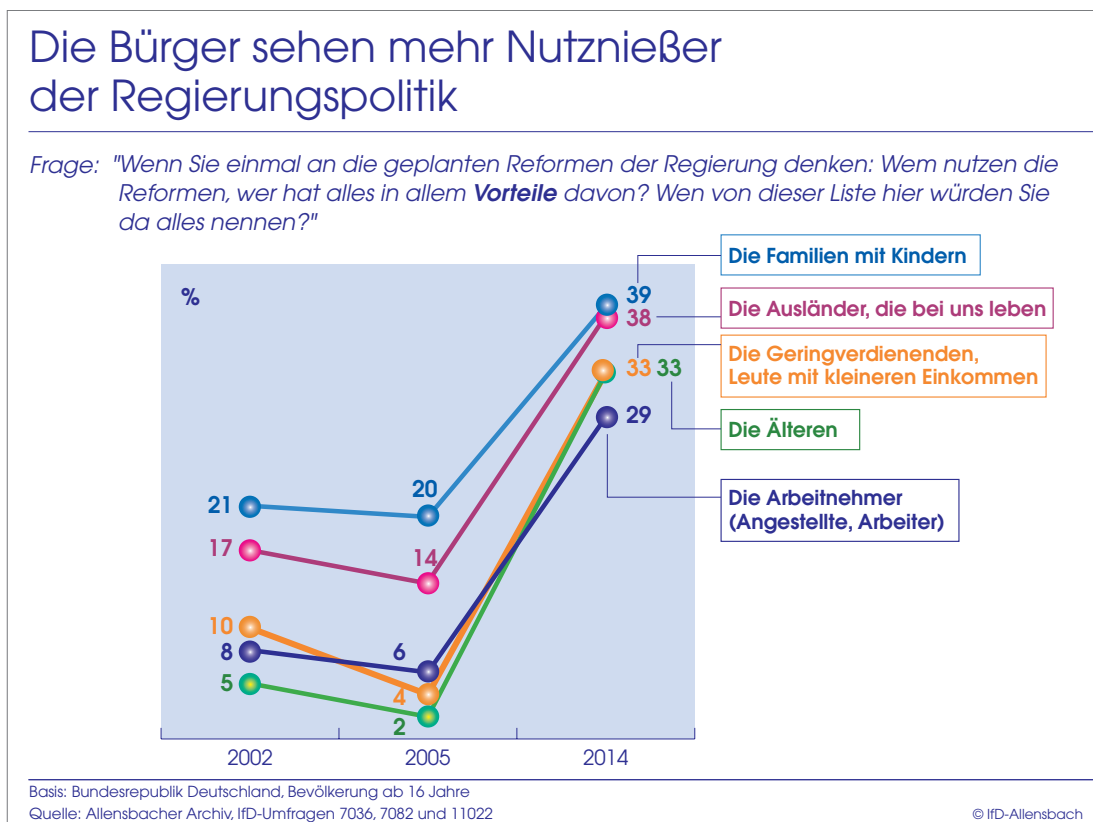
Erst die Trendanalyse lässt jedoch erkennen, wie gravierend sich die Vorstellungen verschoben haben, wem die Regierungspolitik dieser Legislaturperiode Nutzen bzw. Nachteile beschern wird. 2005 sah noch die Mehrheit der Bevölkerung vor allem die Unternehmer als Nutznießer der Regierungspolitik und insbesondere auch den Staat selbst. 2005 waren 65 Prozent überzeugt, dass der Staat selbst von den geplanten Reformen profitieren würde; heute sehen ihn nur noch 41 Prozent als Profiteur. Die Vorstellung, dass vor allem die Unternehmer Begünstigte der Regierungspolitik sein werden, hat sich von 54 auf 37 Prozent verringert. Auch die wohlhabenden Bevölkerungskreise werden heute weniger als Nutznießer der Regierungspolitik gesehen, als dies am Beginn der letzten großen Koalition der Fall war.

Schaubild 17



Umgekehrt werden andere Bevölkerungsgruppen heute signifikant mehr als Nutznießer der Regierungspolitik gesehen, als dies am Beginn der letzten großen Koalition oder auch am Beginn der zweiten Regierungszeit von Rot-Grün der Fall war. Dies gilt vor allem für Familien mit Kindern, für in Deutschland lebende Ausländer, Geringverdiener wie Arbeitnehmer insgesamt und die ältere Generation. 2005 sahen lediglich 2 Prozent der Bürger die Älteren als Nutznießer der geplanten Reformen, heute 33 Prozent. Die Überzeugung, dass Geringverdiener profitieren, ist von 4 auf 33 Prozent angestiegen, die Einschätzung, dass bei uns lebende Ausländer profitieren, von 14 auf 38 Prozent. Familien mit Kindern rechneten 2005 20 Prozent zu den potentiellen Nutznießern, aktuell 39 Prozent.

Schaubild 18



Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Bürger den geplanten Reformen heute weitaus mehr Breitenwirkung zuschreiben, als dies 2005 der Fall war.

STABILE POLITISCHE AGENDA DER BÜRGER

Die Vorstellungen der Bürger, worum sich die Regierung in dieser Legislaturperiode besonders bemühen sollte, haben sich in letzter Zeit nur wenig verändert. An der Spitze steht unverändert das Anliegen, den Anstieg der Energiepreise zu begrenzen, gefolgt von der Forderung nach einer ausreichenden Absicherung der älteren Generation. 79 Prozent erklären es zu einem wichtigen politischen Ziel, dass Rentner so abgesichert sein sollen, dass sie von ihrer Rente auch leben können. Auch die Eingrenzung der sozialen Unterschiede gehört nach wie vor zu den am häufigsten unterstützten politischen Anliegen, gefolgt von der weiteren Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Auch das Ziel, die deutschen Verbindlichkeiten in der Euro-Zone auf ein verantwortbares Maß zu begrenzen, steht nach wie vor in der politischen Agenda der Bürger weit oben, obwohl die Beunruhigung über die Krise in der Euro-Zone stark nachgelassen hat.

Nur eine Minderheit hält es dagegen für wichtig, den Spitzensteuersatz anzuheben oder eine gesetzliche Frauenquote für Spitzenpositionen einzuführen. 37 Prozent wünschen sich, dass die Regierung den Spitzensteuersatz anhebt, 18 Prozent, dass die bereits beschlossene gesetzliche Frauenquote realisiert wird. Am wenigsten fordern die Bürger ein, dass Deutschland mehr Verantwortung in Krisengebieten übernehmen soll. Gerade die Entwicklungen in der Ukraine und auf der Krim lassen die Bürger noch mehr davor zurückschrecken, eine stärkere Übernahme von Verantwortung in Krisengebieten zu fordern.

Die politische Agenda der Bürger

Dafür sorgen, dass die Energiepreise nicht so stark steigen	82 %
Dafür sorgen, dass Rentner ausreichend abgesichert sind, von ihrer Rente auch leben können	79
Dafür sorgen, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich in Deutschland kleiner werden	69
Darauf achten, dass Deutschland sich bei der Unterstützung anderer Euro-Länder nicht übernimmt	67
Die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter verringern	66
Kleinere und mittlere Einkommen steuerlich entlasten	66
Für gesunde und sichere Lebensmittel sorgen	64
Dafür sorgen, dass sich die Wirtschaft in Deutschland gut entwickelt	64
Die Staatsverschuldung abbauen	64
Steuerhinterziehung stärker bekämpfen	63
Dafür sorgen, dass die Rentenbeiträge stabil bleiben	62
Einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen einführen	61
Familien finanziell stärker fördern	60
Bürokratie abbauen	59
Mehr Geld für Schulen und Hochschulen zur Verfügung stellen	58
Die Chancengerechtigkeit in Deutschland verbessern	54
Dafür sorgen, dass die Energiewende Fortschritte macht	53
Dafür sorgen, dass in Deutschland mehr Betreuungsplätze für Kinder zur Verfügung stehen	51
Dafür sorgen, dass die Krise in der Euro-Zone bewältigt wird	49
Die Interessen Deutschlands in Europa entschieden vertreten	49
Den Verbraucherschutz ausbauen	46
Den Spitzensteuersatz erhöhen	37
Eine gesetzliche Frauenquote für Spitzenpositionen einführen	18
Mehr Verantwortung in Krisengebieten übernehmen, sich stärker engagieren	13

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11022

© IfD-Allensbach

Allensbach am Bodensee,
am 3. April 2014

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Computer im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten.

TABELLEN

Beurteilung der Regierungskoalition

Erwartungen an die Regierungskoalition

WENN SIE EINMAL AN DIE NÄCHSTEN JAHRE DENKEN: WORUM SOLLTE SICH DIE NEUE BUNDESREGIERUNG BESONDERS KÜMMERN, WAS WÄRE IHNEN BESONDERS WICHTIG? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 5)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1507	1125	382	729	778	259	327	416	505	720	787
DAFÜR SORGEN, DASS DIE ENERGIEPREISE NICHT SO STARK STEIGEN.....	81.6	80.5	86.3	83.6	79.8	76.1	82.2	82.0	84.0	81.1	82.1
DAFÜR SORGEN, DASS RENTNER AUSREICHEND ABGESICHERT SIND, VON IHRER RENTE AUCH LEBEN KÖNNEN...	78.9	78.7	79.6	78.0	79.8	61.3	77.0	80.8	88.5	80.7	77.3
DAFÜR SORGEN, DASS DIE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH IN DEUTSCHLAND KLEINER WERDEN.....	69.2	67.8	75.0	68.2	70.1	74.9	70.2	62.2	71.1	68.5	69.8
DARAUF ACHTEN, DASS DEUTSCHLAND SICH BEI DER UNTERSTÜTZUNG ANDERER EURO-LÄNDER NICHT ÜBERNIMMT.....	67.0	65.7	72.8	68.7	65.4	60.9	71.9	69.2	65.5	67.4	66.7
DIE ARBEITSLOSIGKEIT IN DEUTSCHSCHLAND WEITER VERRINGERN...	66.2	63.9	76.3	64.4	68.0	68.4	70.4	64.5	63.8	62.5	69.5
KLEINERE UND MITTLERE EINKOMMEN STEUERLICH ENTLASTEN	65.7	66.1	64.2	66.7	64.8	64.7	72.6	67.6	60.1	67.2	64.3
FÜR GESUNDE UND SICHERE LEBENSMITTEL SORGEN.....	64.3	63.9	65.8	58.9	69.4	65.1	61.7	61.0	68.3	63.3	65.1
DAFÜR SORGEN, DASS SICH DIE WIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND GUT ENTWICKELT.....	63.5	63.3	64.3	66.5	60.6	65.8	63.6	60.9	64.2	65.7	61.5
DIE STAATVERSCHUL- DUNG ABBAUEN.....	63.5	63.6	63.2	68.2	59.1	58.6	59.7	64.0	68.4	70.5	57.3
STEUERHINTERZIEHUNG STÄRKER BEKÄMPFEN...	62.7	63.2	60.7	62.1	63.3	60.7	58.7	60.4	68.4	67.7	58.2

WENN SIE EINMAL AN DIE NÄCHSTEN JAHRE DENKEN: WORUM SOLLTE SICH DIE NEUE BUNDESREGIERUNG BESONDERS KÜMMERN, WAS WÄRE IHNEN BESONDERS WICHTIG? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 5)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1507	1125	382	729	778	259	327	416	505	720	787
DAFÜR SORGEN, DASS DIE RENTENBEITRÄGE STABIL BLEIBEN.....	61.5	61.0	63.7	60.5	62.5	48.0	59.8	64.3	67.9	63.4	59.8
EINEN GESETZLICHEN MINDESTLOHN FÜR ALLE BRANCHEN EINFÜHREN..	61.0	59.3	68.3	58.7	63.2	66.6	61.9	63.1	55.4	59.5	62.3
FAMILIEN FINANZIELL STÄRKER FÖRDERN.....	60.0	59.6	61.4	57.0	62.8	64.0	69.3	60.8	50.8	58.6	61.2
BÜROKRATIE ABBAUEN..	58.5	56.4	67.5	63.5	53.8	46.4	64.8	65.8	55.0	63.9	53.8
MEHR GELD F. SCHULEN UND HOCHSCHULEN ZUR VERFÜGUNG STELLEN...	57.9	57.3	60.6	54.6	61.1	67.1	58.0	57.5	53.0	62.5	53.8
DIE CHANCENGERECH- TIGKEIT IN DEUTSCH- LAND VERBESSERN DURCH BESSERE SCHULEN UND BETREU- UNGSEINRICHTUNGEN...	53.8	52.8	58.2	50.2	57.3	62.7	52.9	54.3	49.1	58.7	49.5
DAFÜR SORGEN, DASS DIE ENERGIEWENDE FORTSCHRITTE MACHT..	53.4	55.8	42.8	53.7	53.0	57.8	52.2	55.0	50.2	60.4	47.2
DAFÜR SORGEN, DASS IN DEUTSCHLAND MEHR BETREUUNGSPLÄTZE FÜR KINDER ZUR VERFÜGUNG STEHEN.....	50.9	49.2	58.3	46.1	55.6	58.3	57.3	48.6	44.6	53.2	48.9
DAFÜR SORGEN, DASS DIE KRISE IN DER EURO-ZONE BEWÄLTIGT WIRD.....	49.0	49.9	45.4	49.5	48.6	41.7	49.3	47.6	54.2	52.6	45.9
DIE INTERESSEN DEUTSCHLANDS IN EUROPA ENTSCHIEDEN VERTRETEN.....	48.6	49.2	45.9	53.1	44.3	38.8	48.3	53.1	50.4	53.2	44.5
DEN VERBRAUCHER- SCHUTZ AUSBAUEN.....	46.1	46.3	45.5	45.9	46.4	46.7	43.4	47.2	46.8	52.2	40.7

WENN SIE EINMAL AN DIE NÄCHSTEN JAHRE DENKEN: WORUM SOLLTE SICH DIE NEUE BUNDESREGIERUNG BESONDERS KÜMMERN, WAS WÄRE IHNEN BESONDERS WICHTIG? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 5)

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	613	362	28	218	141	92	641	223
DAFÜR SORGEN, DASS DIE ENERGIEPREISE NICHT SO STARK STEIGEN.....	84.2	82.7	82.6	70.6	83.0	81.2	82.5	82.3
DAFÜR SORGEN, DASS RENTNER AUSREICHEND ABGESICHERT SIND, VON IHRER RENTE AUCH LEBEN KÖNNEN...	81.3	78.6	66.6	77.1	85.7	66.1	82.0	74.4
DAFÜR SORGEN, DASS DIE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH IN DEUTSCHLAND KLEINER WERDEN.....	61.9	75.1	33.5	79.4	84.8	61.5	67.5	70.3
DARAUF ACHTEN, DASS DEUTSCHLAND SICH BEI DER UNTERSTÜTZUNG ANDERER EURO-LÄNDER NICHT ÜBERNIMMT.....	71.4	66.7	59.1	56.6	59.7	74.8	71.0	61.2
DIE ARBEITSLOSIGKEIT IN DEUTSCHSCHLAND WEITER VERRINGERN...	66.4	68.3	38.1	62.2	74.3	68.0	68.9	57.9
KLEINERE UND MITTLERE EINKOMMEN STEUERLICH ENTLASTEN	64.6	68.9	59.9	66.7	71.9	58.5	64.7	64.5
FÜR GESUNDE UND SICHERE LEBENSMITTEL SORGEN.....	63.6	59.8	65.8	79.9	65.0	47.8	65.3	58.8
DAFÜR SORGEN, DASS SICH DIE WIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND GUT ENTWICKELT.....	71.6	61.1	62.8	57.3	54.9	49.9	66.1	57.1
DIE STAATVERSCHUL- DUNG ABBAUEN.....	68.1	66.6	60.7	57.3	61.7	49.0	65.5	64.7
STEUERHINTERZIEHUNG STÄRKER BEKÄMPFEN...	61.9	68.1	30.9	65.3	58.1	55.1	61.6	63.2

WENN SIE EINMAL AN DIE NÄCHSTEN JAHRE DENKEN: WORUM SOLLTE SICH DIE NEUE BUNDESREGIERUNG BESONDERS KÜMMERN, WAS WÄRE IHNEN BESONDERS WICHTIG? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 5)

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	613	362	28	218	141	92	641	223
DAFÜR SORGEN, DASS DIE RENTENBEITRÄGE STABIL BLEIBEN.....	65.8	61.2	49.5	53.1	62.3	57.8	64.4	64.4
EINEN GESETZLICHEN MINDESTLOHN FÜR ALLE BRANCHEN EINFÜHREN..	51.1	72.3	15.5	69.3	78.2	52.3	60.3	59.3
FAMILIEN FINANZIELL STÄRKER FÖRDERN.....	62.0	59.3	63.0	61.3	61.0	45.8	61.0	52.6
BÜROKRATIE ABBAUEN..	56.6	59.1	77.9	57.1	67.9	55.5	59.4	61.6
MEHR GELD F. SCHULEN UND HOCHSCHULEN ZUR VERFÜGUNG STELLEN...	58.9	53.8	51.1	64.6	62.2	51.5	60.9	54.1
DIE CHANCENGERECH- TIGKEIT IN DEUTSCH- LAND VERBESSERN DURCH BESSERE SCHULEN UND BETREU- UNGSEINRICHTUNGEN...	51.1	54.7	37.9	68.6	62.3	35.3	57.6	44.8
DAFÜR SORGEN, DASS DIE ENERGIEWENDE FORTSCHRITTE MACHT..	49.4	55.2	30.5	77.4	56.6	33.6	54.2	54.3
DAFÜR SORGEN, DASS IN DEUTSCHLAND MEHR BETREUUNGSPLÄTZE FÜR KINDER ZUR VERFÜGUNG STEHEN.....	50.1	53.0	33.9	56.1	51.8	41.2	53.1	45.8
DAFÜR SORGEN, DASS DIE KRISE IN DER EURO-ZONE BEWÄLTIGT WIRD.....	54.0	47.3	23.1	48.4	50.2	35.6	50.7	46.4
DIE INTERESSEN DEUTSCHLANDS IN EUROPA ENTSCHIEDEN VERTRETEN.....	56.5	48.5	32.0	32.5	40.2	51.1	51.4	47.8
DEN VERBRAUCHER- SCHUTZ AUSBAUEN.....	43.5	47.1	43.4	58.1	42.0	44.2	46.5	48.4

JETZT, WO CDU/CSU UND SPD AN DER REGIERUNG SIND, WAS ERWARTEN SIE DA? BITTE SAGEN SIE ES MIR NACH DIESER LISTE.
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 37)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1507	1125	382	729	778	259	327	416	505	720	787
ES WIRD SICH WAHR- SCHEINLICH NICHT VIEL ÄNDERN.....	43.1	42.7	44.8	43.5	42.8	44.1	42.0	43.3	43.3	43.7	42.6
DIE STEUERN WERDEN ERHÖHT.....	37.6	38.4	34.3	40.0	35.4	36.9	39.4	40.7	34.2	40.8	34.7
ES WIRD VIEL WERT DARAUF GELEGT, KEINE NEUEN SCHULDEN ZU MACHEN.....	36.8	36.3	38.8	37.5	36.1	40.1	31.3	35.1	39.9	41.6	32.4
ES WIRD MEHR FÜR FAMILIEN GETAN.....	35.9	38.4	24.8	34.8	36.9	38.4	33.0	33.7	38.1	36.3	35.5
DEUTSCHLAND WIRD INTERNATIONAL MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN.....	34.9	35.0	34.2	39.9	30.1	27.7	32.7	35.0	40.3	43.1	27.6
ES WIRD FORTSCHRITTE BEI DER ENERGIEWENDE GEBEN.....	33.1	34.3	28.1	33.1	33.1	31.4	30.5	33.0	35.9	34.3	32.1
DIE AUSGABEN FÜR BILDUNG WERDEN STEIGEN.....	31.0	31.8	27.7	31.8	30.3	32.5	29.5	30.9	31.3	33.8	28.6
DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND WIRD SICH WEITER VERBESSERN.....	29.7	29.5	30.7	30.3	29.1	29.0	32.3	25.3	32.2	31.5	28.1
DIE BUNDESREGIERUNG WIRD IN DER AUSSEN- POLITIK STÄRKER DIE INTERESSEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT VERTRETEN.....	28.3	28.3	28.5	26.7	29.9	28.6	26.5	27.2	30.2	31.5	25.5
DEUTSCHLAND WIRD INTERNATIONAL EINE GRÖßERE ROLLE SPIELEN.....	26.9	27.7	23.4	28.7	25.1	20.4	26.4	27.5	30.3	34.0	20.5
ES GIBT WENIGER SOZIALE GERECHTIG- KEIT, ES WIRD SOZIAL KÄLTER.....	24.1	22.3	31.7	25.8	22.5	23.5	24.4	25.3	23.2	25.0	23.3

JETZT, WO CDU/CSU UND SPD AN DER REGIERUNG SIND, WAS ERWARTEN SIE DA? BITTE SAGEN SIE ES MIR NACH DIESER LISTE.
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 37)

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	613	362	28	218	141	92	641	223
ES WIRD SICH WAHR- SCHEINLICH NICHT VIEL ÄNDERN.....	36.4	40.9	46.5	52.7	58.7	52.4	37.4	46.4
DIE STEUERN WERDEN ERHÖHT.....	35.0	32.8	40.7	40.9	47.1	56.8	38.8	38.2
ES WIRD VIEL WERT DARAUF GELEGT, KEINE NEUEN SCHULDEN ZU MACHEN.....	42.2	42.1	31.6	24.2	31.4	21.0	40.5	41.3
ES WIRD MEHR FÜR FAMILIEN GETAN.....	44.9	38.8	13.4	26.9	23.0	14.3	39.0	42.7
DEUTSCHLAND WIRD INTERNATIONAL MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN.....	40.8	33.2	27.8	31.8	29.4	23.8	37.3	41.4
ES WIRD FORTSCHRITTE BEI DER ENERGIEWENDE GEBEN.....	41.2	34.5	26.9	29.4	21.3	11.6	35.7	36.0
DIE AUSGABEN FÜR BILDUNG WERDEN STEIGEN.....	35.7	30.8	22.8	32.4	23.7	14.4	35.4	31.8
DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN DEUTSCHLAND WIRD SICH WEITER VERBESSERN.....	38.5	30.0	28.5	21.6	16.2	12.0	30.6	29.0
DIE BUNDESREGIERUNG WIRD IN DER AUSSEN- POLITIK STÄRKER DIE INTERESSEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT VERTRETEN.....	31.1	25.1	20.5	32.4	31.9	14.2	33.2	26.7
DEUTSCHLAND WIRD INTERNATIONAL EINE GRÖßERE ROLLE SPIELEN.....	31.7	27.6	22.9	21.0	23.5	16.7	31.1	33.0
ES GIBT WENIGER SOZIALE GERECHTIG- KEIT, ES WIRD SOZIAL KÄLTER.....	19.5	19.4	18.2	32.2	40.9	28.7	29.4	17.5

Reformen

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

RICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1507	1125	382	729	778	259	327	416	505	720	787
DIE RENTE VON GERINGVERDIENERN, DIE IHR LEBEN LÄNG GEARBEITET HABEN, SOLL AUFGESTÖCKT WERDEN, DAMIT SIE EINE HÖHERE RENTE ERHALTEN ALS PER- SONEN, DIE NICHT SO LANGE ODER GAR NICHT GEARBEITET HABEN.....	86.1	85.6	88.6	85.1	87.1	84.2	88.9	85.2	86.2	85.9	86.3
DIE AUSGABEN FÜR BILDUNG U. FORSCHUNG SOLLEN ERHÖHT WERDEN	84.3	83.3	88.6	83.3	85.3	86.5	83.5	84.1	83.9	88.2	80.9
EINFÜHRUNG EINES GESETZLICHEN MINDES- LOHNS VON 8,50 EURO FÜR ALLE BRÄNCHEN...	81.2	79.8	87.4	78.5	83.8	86.0	81.1	78.7	80.8	78.9	83.3
EINFÜHRUNG EINER MIETPREISBREMSE BEI NEUVERMIETUNGEN, ALSO DASS BEI NEU- VERMIETUNGEN DIE MIETE NICHT ZU STARK STEIGEN DARF.....	80.8	80.1	83.6	78.3	83.1	86.6	79.5	77.3	81.3	77.7	83.5
VERSTÄRKTER AUSBAU VON SCHNELLEM INTERNET IN LÄND- LICHEN REGIONEN.....	80.6	80.6	80.6	83.7	77.7	90.7	83.5	79.8	73.7	80.5	80.7

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

RICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1507	1125	382	729	778	259	327	416	505	720	787
LEIHARBEITER SOLLEN FRÜHER ALS BISHERR FEST ANGESTELLT UND FRÜHER ALS BISHERR GENAUSO BEZAHLT WERDEN WIE FESTANGESTELLTE MITARBEITER.....	80.0	78.9	84.9	78.0	81.9	77.6	80.3	79.4	81.7	82.9	77.5
BERUFSTÄTIGE, DIE 45 JAHRE LANG IN DIE RENTENKASSE EINGEZAHLT HABEN, SOLLEN SCHON MIT 63 OHNE ABZÜGE IN RENTE GEHEN KÖNNEN..	79.4	77.9	86.0	75.9	82.7	77.3	81.8	77.4	80.7	75.2	83.2
ERZIEHUNGSZEITEN FÜR KINDER, DIE VOR 1992 GEBÖREN WURDEN, SOLLEN AUCH STÄRKER BEI DER RENTE ANERKANNT WERDEN (MÜTTERRENTE).....	77.1	75.1	85.5	71.0	82.8	69.3	74.8	76.7	83.3	72.9	80.8
ELTERN SOLLEN DIE ELTERNZEIT FLEXIBLER GESTALTEN KÖNNEN....	74.8	73.8	79.0	72.5	77.0	84.3	76.7	69.4	72.7	72.3	77.0
DER ZUSATZBEITRAG FÜR GESETZLICH KRANKENVERSICHERTE SOLL IN ZUKUNFT VOM EINKOMMEN ABHÄNGEN UND NICHT MEHR FÜR ALLE VERSICHERTEN GLEICH HOCH SEIN....	73.8	73.5	75.3	74.3	73.4	72.9	72.7	71.6	76.9	73.8	73.8

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

RICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1507	1125	382	729	778	259	327	416	505	720	787
PATIENTEN SOLLEN ÜBER EINE TERMIN- VERGABESTELLE INNERHALB VON VIER WOCHEN EINEN TERMIN BEI EINEM FACHARZT BEKOMMEN.....	69.8	69.2	72.3	67.4	72.0	68.9	70.5	68.0	71.3	67.8	71.5
EINFÜHRUNG EINES RECHTSANSPRUCHS AUF RÜCKKEHR ZU VOLL- ZEITARBEIT, WENN ARBEITNEHMER IHRE ARBEITSZEIT, Z.B. FAMILIENBEDINGT, VERRINGERT HABEN....	68.2	67.3	72.2	65.1	71.1	72.8	68.0	64.6	68.9	66.9	69.4
AUSWEITUNG DER LKW-MAUT AUF BUNDESSTRASSEN.....	52.6	53.6	48.0	56.6	48.8	53.6	56.1	50.6	51.3	53.2	52.0
DIE BEITRÄGE ZUR PFLEGEVERSICHERUNG WERDEN ERHÖHT, UM INSBESONDERE DIE VERSORGUNG VON DEMENTZKRANKEN ZU VERBESSERN.....	52.5	53.2	49.6	50.5	54.5	51.9	46.0	52.3	57.3	55.4	50.0
DER AUSBAU UND DIE FÖRDERUNG ERNEUER- BARER ENERGIEEN SOLL ZURÜCKGEFAHREN WERDEN, UM DEN ANSTIEG DER STROM- PREISE ZU BEGRENZEN	50.2	46.5	66.2	50.7	49.7	46.8	48.3	52.0	51.9	45.3	54.6

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

RICHTIG:

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	613	362	28	218	141	92	641	223
DIE RENTE VON GERINGVERDIENERN, DIE IHR LEBEN LANG GEARBEITET HABEN, SOLL AUFGESTOCKT WERDEN, DAMIT SIE EINE HÖHERE RENTE ERHALTEN ALS PER- SONEN, DIE NICHT SO LANGE ODER GAR NICHT GEARBEITET HABEN.....	85.6	89.4	74.4	84.8	87.4	81.4	86.5	82.6
DIE AUSGABEN FÜR BILDUNG U. FORSCHUNG SOLLEN ERHÖHT WERDEN	84.4	84.3	80.9	89.3	86.2	80.9	84.8	84.4
EINFÜHRUNG EINES GESETZLICHEN MINDES- LOHNS VON 8,50 EURO FÜR ALLE BRÄNCHEN...	72.8	89.9	43.2	90.7	90.3	79.4	79.0	82.3
EINFÜHRUNG EINER MIETPREISBREMSE BEI NEUVERMIETUNGEN, ALSO DASS BEI NEU- VERMIETUNGEN DIE MIETE NICHT ZU STARK STEIGEN DARF.....	76.9	85.9	63.0	84.6	90.7	70.8	80.4	76.0
VERSTÄRKTER AUSBAU VON SCHNELLEM INTERNET IN LÄND- LICHEN REGIONEN.....	79.6	80.2	89.0	82.8	82.4	78.0	78.9	84.1

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

RICHTIG:

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	613	362	28	218	141	92	641	223
LEIHARBEITER SOLLTEN FRÜHER ALS BISHER FEST ANGESTELLT UND FRÜHER ALS BISHER GENAUSO BEZAHLT WERDEN WIE FESTANGESTELLTE MITARBEITER.....	73.3	87.1	61.5	84.7	85.6	85.7	76.7	84.1
BERUFSTÄTIGE, DIE 45 JAHRE LANG IN DIE RENTENKASSE EINGEZAHLT HABEN, SOLLEN SCHON MIT 63 OHNE ABZÜGE IN RENTE GEHEN KÖNNEN..	77.9	81.1	69.0	78.3	83.7	77.8	81.9	74.0
ERZIEHUNGSZEITEN FÜR KINDER, DIE VOR 1992 GEBÖREN WURDEN, SOLLEN AUCH STÄRKER BEI DER RENTE ANERKANNT WERDEN (MÜTTERRENTE).....	77.2	79.9	72.5	75.0	76.4	73.0	75.7	80.0
ELTERN SOLLTEN DIE ELTERNZEIT FLEXIBLER GESTALTEN KÖNNEN....	73.4	77.3	61.7	79.4	80.8	60.8	74.7	71.9
DER ZUSATZBEITRAG FÜR GESETZLICH KRANKENVERSICHERTE SOLL IN ZUKUNFT VOM EINKOMMEN ABHÄNGEN UND NICHT MEHR FÜR ALLE VERSICHERTEN GLEICH HOCH SEIN....	70.7	77.9	59.4	76.2	77.4	72.8	74.5	77.8

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

RICHTIG:

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	613	362	28	218	141	92	641	223
PATIENTEN SOLLEN ÜBER EINE TERMIN- VERGABESTELLE INNERHALB VON VIER WOCHEN EINEN TERMIN BEI EINEM FACHARZT BEKOMMEN.....	69.8	72.0	67.1	67.0	70.5	63.6	71.0	70.8
EINFÜHRUNG EINES RECHTSANSPRUCHS AUF RÜCKKEHR ZU VOLL- ZEITARBEIT, WENN ARBEITNEHMER IHRE ARBEITSZEIT, Z.B. FAMILIENBEDINGT, VERRINGERT HABEN....	65.3	72.8	72.0	65.5	73.0	61.1	69.0	65.5
AUSWEITUNG DER LKW-MAUT AUF BUNDESSTRASSEN.....	53.1	53.5	43.7	52.4	49.5	59.6	52.9	52.9
DIE BEITRÄGE ZUR PFLEGEVERSICHERUNG WERDEN ERHÖHT, UM INSBESONDERE DIE VERSORGUNG VON DEMENTZKRANKEN ZU VERBESSERN.....	55.9	56.1	51.4	52.9	43.8	33.6	49.4	63.1
DER AUSBAU UND DIE FÖRDERUNG ERNEUER- BARER ENERGIEN SOLL ZURÜCKGEFAHREN WERDEN, UM DEN ANSTIEG DER STROM- PREISE ZU BEGRENZEN	55.4	51.2	64.9	24.8	46.7	62.3	47.0	51.4

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

NICHT RICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1507	1125	382	729	778	259	327	416	505	720	787
DIE RENTE VON GERINGVERDIENERN, DIE IHR LEBEN LÄNG GEARBEITET HABEN, SOLL AUFGESTÖCKT WERDEN, DAMIT SIE EINE HÖHERE RENTE ERHALTEN ALS PER- SONEN, DIE NICHT SO LANGE ODER GAR NICHT GEARBEITET HABEN.....	12.4	12.8	10.7	12.9	11.9	12.7	9.7	14.4	12.4	13.3	11.7
DIE AUSGABEN FÜR BILDUNG U. FORSCHUNG SOLLEN ERHÖHT WERDEN	13.5	14.3	10.1	14.5	12.6	12.3	14.4	13.6	13.5	10.6	16.1
EINFÜHRUNG EINES GESETZLICHEN MINDES- LOHNS VON 8,50 EURO FÜR ALLE BRÄNCHEN...	17.6	18.9	12.2	20.3	15.1	12.0	17.6	20.8	18.0	20.5	15.0
EINFÜHRUNG EINER MIETPREISBREMSE BEI NEUVERMIETUNGEN, ALSO DASS BEI NEU- VERMIETUNGEN DIE MIETE NICHT ZU STARK STEIGEN DARF.....	17.2	17.7	15.1	19.5	15.0	11.0	18.0	21.5	16.5	21.2	13.7
VERSTÄRKTER AUSBAU VON SCHNELLEM INTERNET IN LÄND- LICHEN REGIONEN.....	16.5	16.2	17.6	13.6	19.2	7.4	13.4	18.2	22.2	17.4	15.7

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

NICHT RICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1507	1125	382	729	778	259	327	416	505	720	787
LEIHARBEITER SOLLN FRÜHER ALS BISHER FEST ANGESTELLT UND FRÜHER ALS BISHER GENAUSO BEZAHLT WERDEN WIE FESTANGESTELLTE MITARBEITER.....	17.7	18.7	13.4	20.4	15.1	17.9	17.4	18.7	17.0	15.6	19.6
BERUFSTÄTIGE, DIE 45 JAHRE LANG IN DIE RENTENKASSE EINGEZAHLT HABEN, SOLLN SCHON MIT 63 OHNE ABZÜGE IN RENTE GEHEN KÖNNEN..	18.2	19.4	13.4	21.2	15.4	19.5	16.4	21.0	16.4	22.9	14.1
ERZIEHUNGSZEITEN FÜR KINDER, DIE VOR 1992 GEBÖREN WURDEN, SOLLN AUCH STÄRKER BEI DER RENTE ANERKANNT WERDEN (MÜTTERRENTE).....	20.0	21.7	12.9	25.0	15.3	25.2	22.1	21.4	14.6	24.8	15.8
ELTERN SOLLN DIE ELTERNZEIT FLEXIBLER GESTALTEN KÖNNEN....	22.6	23.4	18.9	24.9	20.4	12.3	20.3	28.2	25.2	25.8	19.8
DER ZUSATZBEITRAG FÜR GESETZLICH KRANKENVERSICHERTE SOLL IN ZUKUNFT VOM EINKOMMEN ABHÄNGEN UND NICHT MEHR FÜR ALLE VERSICHERTEN GLEICH HOCH SEIN....	23.7	23.5	24.1	23.2	24.1	23.2	24.8	26.2	21.0	24.2	23.1

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

NICHT RICHTIG:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1507	1125	382	729	778	259	327	416	505	720	787
PATIENTEN SOLLEN ÜBER EINE TERMIN- VERGABESTELLE INNERHALB VON VIER WOCHEN EINEN TERMIN BEI EINEM FACHARZT BEKOMMEN.....	27.5	27.6	27.1	29.6	25.5	27.6	27.3	28.6	26.6	30.2	25.1
EINFÜHRUNG EINES RECHTSANSPRUCHS AUF RÜCKKEHR ZU VOLL- ZEITARBEIT, WENN ARBEITNEHMER IHRE ARBEITSZEIT, Z.B. FAMILIENBEDINGT, VERRINGERT HABEN....	29.2	29.9	25.9	32.5	26.1	23.8	30.2	32.6	28.6	31.1	27.4
AUSWEITUNG DER LKW-MAUT AUF BUNDESSTRASSEN.....	45.5	44.6	49.4	41.7	49.2	44.8	40.9	47.6	47.3	44.7	46.3
DIE BEITRÄGE ZUR PFLEGEVERSICHERUNG WERDEN ERHÖHT, UM INSBESONDERE DIE VERSORGUNG VON DEMENTZKRANKEN ZU VERBESSERN.....	44.7	43.7	48.7	46.3	43.2	44.8	51.7	45.3	39.4	42.1	47.0
DER AUSBAU UND DIE FÖRDERUNG ERNEUER- BARER ENERGIEEN SOLL ZURÜCKGEFAHREN WERDEN, UM DEN ANSTIEG DER STROM- PREISE ZU BEGRENZEN	46.3	49.6	32.2	46.2	46.4	48.9	48.1	44.5	45.1	51.4	41.7

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

NICHT RICHTIG:

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	613	362	28	218	141	92	641	223
DIE RENTE VON GERINGVERDIENERN, DIE IHR LEBEN LÄNG GEARBEITET HABEN, SOLL AUFGESTOCKT WERDEN, DAMIT SIE EINE HÖHERE RENTE ERHALTEN ALS PER- SONEN, DIE NICHT SO LANGE ODER GAR NICHT GEARBEITET HABEN.....	13.6	9.1	25.6	14.3	9.2	16.9	12.4	16.8
DIE AUSGABEN FÜR BILDUNG U. FORSCHUNG SOLLEN ERHÖHT WERDEN	12.8	14.6	19.1	9.5	13.3	16.3	12.8	13.4
EINFÜHRUNG EINES GESETZLICHEN MINDES- LOHNS VON 8,50 EURO FÜR ALLE BRÄNCHEN...	26.4	9.4	56.8	7.2	9.2	18.9	19.4	17.7
EINFÜHRUNG EINER MIETPREISBREMSE BEI NEUVERMIETUNGEN, ALSO DASS BEI NEU- VERMIETUNGEN DIE MIETE NICHT ZU STARK STEIGEN DARF.....	22.0	12.0	37.0	14.1	7.2	22.9	17.6	21.7
VERSTÄRKTER AUSBAU VON SCHNELLEM INTERNET IN LÄND- LICHEN REGIONEN.....	17.4	17.2	11.0	15.6	14.3	17.7	17.8	15.3

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE
 DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND
 AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

NICHT RICHTIG:

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	613	362	28	218	141	92	641	223
LEIHARBEITER SOLLEN FRÜHER ALS BISHER FEST ANGESTELLT UND FRÜHER ALS BISHER GENAUSO BEZAHLT WERDEN WIE FESTANGESTELLTE MITARBEITER.....	25.2	10.6	38.5	11.8	11.6	11.9	20.6	13.3
BERUFSTÄTIGE, DIE 45 JAHRE LANG IN DIE RENTENKASSE EINGEZAHLT HABEN, SOLLEN SCHON MIT 63 OHNE ABZÜGE IN RENTE GEHEN KÖNNEN..	20.4	14.6	31.0	20.7	14.9	20.0	16.0	23.4
ERZIEHUNGSZEITEN FÜR KINDER, DIE VOR 1992 GEBÖREN WURDEN, SOLLEN AUCH STÄRKER BEI DER RENTE ANERKANNT WERDEN (MÜTTERRENTE).....	20.7	17.0	27.5	21.2	19.8	23.6	21.5	18.6
ELTERN SOLLEN DIE ELTERNZEIT FLEXIBLER GESTALTEN KÖNNEN....	24.4	21.3	38.3	17.8	14.9	34.1	22.7	26.6
DER ZUSATZBEITRAG FÜR GESETZLICH KRANKENVERSICHERTE SOLL IN ZUKUNFT VOM EINKOMMEN ABHÄNGEN UND NICHT MEHR FÜR ALLE VERSICHERTEN GLEICH HOCH SEIN....	27.3	19.7	40.6	19.4	20.7	24.5	23.9	19.9

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINIGE MASSNAHMEN, AUF DIE SICH CDU/CSU UND SPD IM KOALITIONSVERTRAG GEEINIGT HABEN. WELCHE
 DIESER MASSNAHMEN HALTEN SIE FÜR RICHTIG, UND WELCHE FINDEN SIE NICHT RICHTIG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND
 AUF DAS BLATT. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 41)

NICHT RICHTIG:

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	613	362	28	218	141	92	641	223
PATIENTEN SOLLEN ÜBER EINE TERMIN- VERGABESTELLE INNERHALB VON VIER WOCHEN EINEN TERMIN BEI EINEM FACHARZT BEKOMMEN.....	27.4	25.9	31.0	31.5	25.8	32.3	26.9	26.6
EINFÜHRUNG EINES RECHTSANSPRUCHS AUF RÜCKKEHR ZU VOLL- ZEITARBEIT, WENN ARBEITNEHMER IHRE ARBEITSZEIT, Z.B. FAMILIENBEDINGT, VERRINGERT HABEN....	32.6	25.2	28.0	31.2	24.0	34.9	28.5	32.4
AUSWEITUNG DER LKW-MAUT AUF BUNDESSTRASSEN.....	44.6	45.4	56.3	45.4	49.4	38.8	45.0	45.6
DIE BEITRÄGE ZUR PFLEGEVERSICHERUNG WERDEN ERHÖHT, UM INSBESONDERE DIE VERSORGUNG VON DEMENTZKRANKEN ZU VERBESSERN.....	41.9	40.9	48.6	43.4	54.1	62.6	48.5	34.3
DER AUSBAU UND DIE FÖRDERUNG ERNEUER- BARER ENERGIEEN SOLL ZURÜCKGEFAHREN WERDEN, UM DEN ANSTIEG DER STROM- PREISE ZU BEGRENZEN	41.8	46.3	35.1	67.9	48.7	35.9	49.0	46.4

WENN SIE EINMAL AN DIE GEPLANTEN REFORMEN DER REGIERUNG DENKEN: WEM NUTZEN/SCHADEN DIE REFORMEN, WER HAT ALLES IN ALLEM VORTEILE/NACHTEILE DAVON? WEN VON DIESER LISTE HIER WÜRDEN SIE DA ALLES NENNEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGEN 42/A/B)

	VORTEILE HABEN	NACHTEILE HABEN
Basis	754	753
FRAUEN, DIE FÜR DIE KINDERERZIEHUNG AUS DEM BERUF AUS- GESTIEGEN SIND.....	44.3	25.2
DER STAAT.....	41.1	6.0
DIE FAMILIEN MIT KINDERN.....	38.5	21.3
DIE AUSLÄNDER, DIE BEI UNS LEBEN.....	38.4	8.8
DIE UNTERNEHMER.....	36.6	16.7
DIE ÄLTEREN.....	33.4	26.1
DIE GERINGVERDIE- NENDEN, LEUTE MIT KLEINEREN EINKOMMEN	32.6	33.5
DIE RENTNER.....	31.7	27.3
DIE REICHEN.....	29.2	8.5
DIE ARBEITNEHMER (ANGESTELLTE, ARBEITER).....	28.9	24.8
DER MITTELSTAND.....	20.0	24.0
DIE JÜNGEREN.....	18.7	42.0
DIE BEAMTEN.....	16.9	3.8
DIE ARMEN.....	13.7	33.7
ALLE BÜRGER GLEICHERMASSEN.....	12.1	15.2
DIE ARBEITSLOSEN....	8.9	18.5
KEINER DAVON.....	2.6	9.4
KEINE ANGABE.....	9.8	12.9
GEW. BASIS	100.0	100.0

HALBGRUPPE A..... 754

WENN SIE EINMAL AN DIE GEPLANTEN REFORMEN DER REGIERUNG DENKEN: WEM NUTZEN DIE REFORMEN, WER HAT ALLES IN ALLEM VORTEILE
 DAVON? WEN VON DIESER LISTE HIER WÜRDEN SIE DA ALLES NENNEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 42/A)

VORTEILE HABEN -

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	754	560	194	368	386	139	165	206	244	355	399
FRAUEN, DIE FÜR DIE KINDERERZIEHUNG AUS DEM BERUF AUS- GESTIEGEN SIND.....	44.3	46.6	34.1	42.7	45.7	53.3	37.8	40.5	46.7	49.0	40.3
DER STAAT.....	41.1	38.0	54.4	42.7	39.5	42.2	39.9	41.8	40.6	43.4	39.1
DIE FAMILIEN MIT KINDERN.....	38.5	40.1	31.5	38.1	38.8	44.7	32.3	35.1	41.8	41.2	36.1
DIE AUSLÄNDER, DIE BEI UNS LEBEN.....	38.4	39.1	35.5	38.3	38.6	39.2	38.0	38.5	38.2	43.6	34.1
DIE UNTERNEHMER.....	36.6	35.7	40.2	37.4	35.8	35.0	35.1	37.5	37.7	44.4	30.0
DIE ÄLTEREN.....	33.4	33.9	31.3	36.3	30.6	41.7	38.1	32.5	26.3	36.5	30.7
DIE GERINGVERDIE- NENDEN, LEUTE MIT KLEINEREN EINKOMMEN	32.6	34.5	24.0	32.3	32.8	34.7	29.4	28.4	37.0	34.1	31.2
DIE RENTNER.....	31.7	32.3	29.1	31.5	32.0	44.5	27.4	31.8	27.3	33.5	30.3
DIE REICHEN.....	29.2	27.1	38.5	33.0	25.7	20.6	27.7	36.5	28.9	32.1	26.8
DIE ARBEITNEHMER (ANGESTELLTE, ARBEITER).....	28.9	30.1	23.3	28.1	29.6	38.2	24.0	25.7	29.5	30.3	27.6
DER MITTELSTAND.....	20.0	21.5	13.5	20.5	19.5	22.1	20.8	19.8	18.4	20.9	19.2
DIE JÜNGEREN.....	18.7	18.9	18.1	17.7	19.7	14.2	20.0	15.4	23.4	18.9	18.6
DIE BEAMTEN.....	16.9	17.1	16.0	17.2	16.6	16.9	18.7	12.9	19.1	19.2	14.9
DIE ARMEN.....	13.7	14.1	11.6	15.1	12.3	15.0	13.9	8.6	17.0	15.0	12.5
ALLE BÜRGER GLEICHERMASSEN.....	12.1	12.7	9.6	8.8	15.3	12.2	8.8	11.9	14.5	9.0	14.7
DIE ARBEITSLOSEN....	8.9	9.3	7.1	8.4	9.3	8.8	8.1	10.3	8.2	11.9	6.3

HALBGRUPPE A..... 754

WENN SIE EINMAL AN DIE GEPLANTEN REFORMEN DER REGIERUNG DENKEN: WEM NUTZEN DIE REFORMEN, WER HAT ALLES IN ALLEM VORTEILE
 DAVON? WEN VON DIESER LISTE HIER WÜRDEN SIE DA ALLES NENNEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 42/A)

VORTEILE HABEN -

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	310	161	15	111	76	51	333	103
FRAUEN, DIE FÜR DIE KINDERERZIEHUNG AUS DEM BERUF AUS- GESTIEGEN SIND.....	49.2	47.7	33.7	40.6	43.9	25.7	45.7	45.3
DER STAAT.....	37.4	39.9	46.8	51.1	45.2	44.5	43.1	40.4
DIE FAMILIEN MIT KINDERN.....	43.7	38.8	46.2	37.9	32.7	24.1	42.1	38.2
DIE AUSLÄNDER, DIE BEI UNS LEBEN.....	38.1	41.2	63.7	40.1	26.6	38.9	45.9	31.2
DIE UNTERNEHMER.....	34.3	39.7	14.9	42.9	44.4	29.7	40.8	39.0
DIE ÄLTEREN.....	36.4	28.4	21.3	41.5	35.6	21.1	33.5	40.3
DIE GERINGVERDIE- NENDEN, LEUTE MIT KLEINEREN EINKOMMEN	33.3	32.7	-	35.4	35.8	32.8	35.6	36.3
DIE RENTNER.....	34.1	27.4	45.4	40.7	32.6	17.9	33.9	33.8
DIE REICHEN.....	20.9	30.9	30.2	34.8	45.2	44.2	33.3	28.5
DIE ARBEITNEHMER (ANGESTELLTE, ARBEITER).....	35.5	25.8	27.2	28.4	17.6	21.6	31.6	32.2
DER MITTELSTAND.....	20.9	21.5	3.3	21.7	15.6	15.0	22.4	19.9
DIE JÜNGEREN.....	22.1	17.3	40.9	16.7	10.4	15.4	21.3	15.9
DIE BEAMTEN.....	15.3	14.9	9.2	20.5	22.2	18.4	20.3	21.1
DIE ARMEN.....	14.8	14.4	3.3	10.4	12.7	16.6	13.9	18.2
ALLE BÜRGER GLEICHERMASSEN.....	13.6	13.7	1.8	5.5	8.9	11.5	13.0	6.0
DIE ARBEITSLOSEN....	8.8	11.2	9.0	6.9	6.4	11.1	11.5	12.0

HALBGRUPPE B..... 753

WENN SIE EINMAL AN DIE GEPLANTEN REFORMEN DER REGIERUNG DENKEN: WEM SCHADEN DIE REFORMEN, WER HAT ALLES IN ALLEM NACHTEILE
 DAVON? WEN VON DIESER LISTE HIER WÜRDEN SIE DA ALLES NENNEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 42/B)

NACHTEILE HABEN -

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	753	565	188	361	392	120	162	210	261	365	388
DIE JÜNGEREN.....	42.0	44.6	30.6	45.7	38.4	48.3	36.5	42.7	41.4	46.4	37.8
DIE ARMEN.....	33.7	34.6	29.6	33.5	33.9	37.1	30.2	31.9	35.6	32.9	34.4
DIE GERINGVERDIE- NENDEN, LEUTE MIT KLEINEREN EINKOMMEN	33.5	34.6	28.6	35.6	31.4	31.1	33.4	34.4	34.0	32.2	34.7
DIE RENTNER.....	27.3	30.0	15.6	27.5	27.1	19.0	21.5	30.5	33.1	29.6	25.2
DIE ÄLTEREN.....	26.1	27.6	19.7	28.9	23.5	25.0	16.6	29.9	29.9	27.5	24.9
FRAUEN, DIE FÜR DIE KINDERERZIEHUNG AUS DEM BERUF AUS- GESTIEGEN SIND.....	25.2	25.7	23.4	22.8	27.6	23.7	27.4	22.5	27.0	25.0	25.5
DIE ARBEITNEHMER (ANGESTELLTE, ARBEITER).....	24.8	26.8	16.2	27.3	22.4	22.7	26.0	29.8	20.8	25.9	23.7
DER MITTELSTAND.....	24.0	26.0	15.5	25.1	23.0	17.5	29.2	27.2	21.5	26.1	22.0
DIE FAMILIEN MIT KINDERN.....	21.3	22.1	17.6	23.5	19.1	21.5	21.3	24.7	18.2	21.4	21.1
DIE ARBEITSLOSEN....	18.5	18.5	18.0	20.1	16.9	17.8	20.0	19.4	17.0	18.8	18.1
DIE UNTERNEHMER.....	16.7	15.9	20.2	17.9	15.7	15.4	17.3	22.3	12.5	16.4	17.1
ALLE BÜRGER GLEICHERMASSEN.....	15.2	14.8	16.7	16.5	13.9	14.3	11.9	20.4	13.4	14.3	16.0
DIE AUSLÄNDER, DIE BEI UNS LEBEN.....	8.8	8.8	9.0	7.8	9.8	12.8	8.7	5.8	9.3	9.1	8.6
DIE REICHEN.....	8.5	8.8	6.8	10.0	7.0	12.2	11.1	9.0	4.2	7.9	9.0
DER STAAT.....	6.0	6.4	4.3	7.8	4.2	3.1	9.6	6.8	4.4	7.2	4.8
DIE BEAMTEN.....	3.8	4.5	0.9	4.3	3.3	2.6	3.9	5.5	3.0	3.1	4.5

HALBGRUPPE B..... 753

WENN SIE EINMAL AN DIE GEPLANTEN REFORMEN DER REGIERUNG DENKEN: WEM SCHADEN DIE REFORMEN, WER HAT ALLES IN ALLEM NACHTEILE
 DAVON? WEN VON DIESER LISTE HIER WÜRDEN SIE DA ALLES NENNEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 42/B)

NACHTEILE HABEN -

	ANHÄNGER DER -						IN REGIERUNG SETZT SICH BESSER DURCH	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTERNA- TIVE FÜR DEUTSCHL.	CDU/CSU	S P D
Basis	303	201	13	107	65	41	308	120
DIE JÜNGEREN.....	42.1	36.9	45.6	51.2	47.7	33.8	41.9	47.1
DIE ARMEN.....	28.5	34.3	5.8	36.4	49.3	43.6	37.2	33.8
DIE GERINGVERDIE- NENDEN, LEUTE MIT KLEINEREN EINKOMMEN	31.4	26.8	19.5	36.5	50.7	42.9	37.7	31.4
DIE RENTNER.....	27.3	26.5	22.3	23.5	28.7	39.6	33.2	31.4
DIE ÄLTEREN.....	24.3	23.1	21.7	24.4	38.9	34.7	31.9	26.7
FRAUEN, DIE FÜR DIE KINDERERZIEHUNG AUS DEM BERUF AUS- GESTIEGEN SIND.....	27.5	19.4	22.3	24.1	35.8	26.0	28.9	18.4
DIE ARBEITNEHMER (ANGESTELLTE, ARBEITER).....	24.7	19.6	13.7	25.7	28.2	42.9	28.5	32.1
DER MITTELSTAND.....	28.7	16.2	36.1	18.1	28.8	32.6	28.6	26.3
DIE FAMILIEN MIT KINDERN.....	20.2	14.2	13.7	25.7	29.6	33.6	24.7	15.4
DIE ARBEITSLOSEN....	13.3	15.6	5.8	21.5	35.4	31.0	22.6	16.4
DIE UNTERNEHMER.....	19.3	11.6	36.1	15.4	12.8	23.7	17.4	17.9
ALLE BÜRGER GLEICHERMASSEN.....	14.8	14.9	10.7	13.4	21.5	9.5	13.8	11.4
DIE AUSLÄNDER, DIE BEI UNS LEBEN.....	7.5	9.3	-	12.0	12.6	8.4	11.7	7.6
DIE REICHEN.....	10.2	5.9	15.8	6.7	8.7	7.8	10.3	8.4
DER STAAT.....	6.0	5.4	6.5	5.2	8.8	7.8	7.0	5.2
DIE BEAMTEN.....	5.1	2.4	-	1.7	2.6	5.4	5.5	3.6

Politiker

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	560	194	754	Personen
B	565	188	753	Personen
Insgesamt	1125	382	1507	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 440 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 1. bis 13. März 2014 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.022

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.022 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage März 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>19</u>
	100	100	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	<u>9</u>	<u>9</u>	<u>9</u>	<u>9</u>
	100	100	100	100
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>	<u>30</u>
	100	100	100	100
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>	<u>51</u>
	100	100	100	100
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	22	22	22	22
45 - 59 Jahre	27	27	27	27
60 Jahre und älter	<u>33</u>	<u>33</u>	<u>33</u>	<u>33</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2012

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.022 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage März 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	61	61	61
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	15	14	15	15
Angestellte	36	37	36	36
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	7	7	7
Nichterwerbspersonen	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>	<u>39</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	53	53	53	53
- Männer	26	27	26	27
- Frauen	27	26	27	26
Ledig	31	31	31	31
Verwitwet, geschieden	<u>16</u>	<u>16</u>	<u>16</u>	<u>16</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	23	23	23	23
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	18	18	18	18
- 4 Personen	15	15	15	14
- 5 und mehr Personen	<u>4</u>	<u>4</u>	<u>4</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2012

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11022
Februar/März 2014

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

In der repräsentativen Halbgruppe A:

1.	"Zur Politik:	EINVERSTANDEN.....	1
T	Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Politik von Angela Merkel einverstanden oder nicht einverstanden?"	NICHT EINVERSTANDEN.....	2
		UNENTSCHIEDEN	3
		KEIN URTEIL	4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

1.	"Zur Politik:	EINVERSTANDEN.....	1
T	Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Politik von Sigmar Gabriel einverstanden oder nicht einverstanden?"	NICHT EINVERSTANDEN.....	2
		UNENTSCHIEDEN	3
		KEIN URTEIL	4

2. INTERVIEWER überreicht rosa Kartenspiel !

t "Wenn Sie einmal an die nächsten Jahre denken:
Worum sollte sich die neue Bundesregierung besonders kümmern, was wäre Ihnen besonders wichtig? Bitte legen Sie die entsprechenden Karten heraus."
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 / 23 / 24 /

NICHTS DAVON 0
KEINE ANGABE 9

3.	"Wie gut klappt die bisherige Zusammenarbeit von CDU/CSU und SPD in der Koalition? Würden Sie sagen, die Zusammenarbeit klappt alles in allem ..."	"sehr gut"	1
t		"gut"	2
		"weniger gut"	3*
		"gar nicht gut"	4*
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	5

<input checked="" type="checkbox"/>	"Und wie ist Ihr Eindruck: Sind das nur Anlaufschwierigkeiten, oder gehen Sie davon aus, dass sich das auch in Zukunft nicht bessern wird?"	NUR ANLAUFSCHWIERIGKEITEN	6
T		AUCH IN ZUKUNFT NICHT BESSERN.	7
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	8

4.	"Wie ist Ihr Eindruck: Wer setzt sich in der großen Koalition alles in allem besser durch: die CDU/CSU oder die SPD?"	CDU/CSU.....	1
T		SPD.....	2
		UNENTSCHIEDEN	3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

5.	"Trauen Sie der neuen Regierung aus CDU/CSU und SPD zu, dass sie in der Lage ist, die Zukunftsprobleme unseres Landes zu bewältigen, oder trauen Sie ihr das nicht zu?"	TRAUE ICH IHR ZU	1
t		TRAUE ICH IHR NICHT ZU	2
		UNENTSCHIEDEN	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

5.	"Wenn Sie einmal an die Politik der großen Koalition denken, so wie sie sich bislang abzeichnet: Ist diese Politik Ihrer Ansicht nach geeignet, das Land voranzubringen, oder haben Sie da Zweifel?"	GEEIGNET	1
T		HABE ZWEIFEL	2
		UNENTSCHIEDEN	3
		KEINE ANGABE	4

6.	"Was erwarten Sie persönlich von der neuen Regierung: Erwarten Sie für sich persönlich eher Vorteile oder eher Nachteile, oder erwarten Sie keine Auswirkungen auf Ihre eigene Situation?"	VORTEILE	1
T		NACHTEILE	2
		KEINE AUSWIRKUNGEN	3
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	4

Nach einigen Zwischenfragen zu neutralen Themen:

7. INTERVIEWER überreicht **graue** Liste 1 !

t "Jetzt, wo CDU/CSU und SPD an der Regierung sind, was erwarten Sie da?
Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."
(Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 /

NICHTS DAVON 0
KEINE ANGABE..... 9

8.	"Wie ist Ihr Eindruck: Sind sich CDU und SPD weitgehend einig, welche Reformen für Deutschland notwendig sind, oder gibt es da zwischen CDU und SPD größere Unterschiede?"	WEITGEHEND EINIG	1
t		GRÖßERE UNTERSCHIEDE	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

9. "Wenn Sie einmal die Standpunkte von CDU/CSU und SPD in verschiedenen Bereichen miteinander vergleichen: Wo würden Sie sagen, dass CDU/CSU und SPD ähnliche Standpunkte haben, und wo würden Sie sagen, dass sich die Standpunkte deutlich unterscheiden?"

a)	Wie ist das zunächst mit der Wirtschaftspolitik? Würden Sie sagen, dass CDU/CSU und SPD in der Wirtschaftspolitik ähnliche Standpunkte haben, oder unterscheiden sich da die Standpunkte Ihrer Meinung nach deutlich?"	ÄHNLICHE STANDPUNKTE	1
		UNTERSCHIEDEN SICH DEUTLICH	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

b)	"Und in der Energiepolitik? Haben CDU/CSU und SPD da ähnliche Standpunkte, oder unterscheiden sie sich da Ihrer Meinung nach deutlich?"	ÄHNLICHE STANDPUNKTE	4
		UNTERSCHIEDEN SICH DEUTLICH	5
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	6

c)	"Bei der Integration, der Eingliederung von Ausländern?"	ÄHNLICHE STANDPUNKTE	1
		UNTERSCHIEDEN SICH DEUTLICH	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

d)	"Und wie ist es schließlich bei der Gesundheitspolitik?"	ÄHNLICHE STANDPUNKTE	4
		UNTERSCHIEDEN SICH DEUTLICH	5
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	6

L I S T E 1

- (1) Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wird sich weiter verbessern
- (2) Die Arbeitslosigkeit wird steigen
- (3) Es gibt weniger soziale Gerechtigkeit, es wird sozial kälter
- (4) Es wird viel Wert darauf gelegt, keine neuen Schulden zu machen
- (5) Es werden wichtige Reformen angepackt
- (6) Es wird mehr für die kleinen Leute getan
- (7) Es wird mehr für Familien getan
- (8) Deutschland wird international mehr Verantwortung übernehmen
- (9) Die Sozialleistungen werden gekürzt
- (10) Die Steuern werden erhöht
- (11) Es wird Fortschritte bei der Energiewende geben
- (12) Deutschland wird international eine größere Rolle spielen
- (13) Es wird mehr für den Umwelt- bzw. Klimaschutz getan
- (14) Es wird mehr für kleine Unternehmen und den Mittelstand getan
- (15) Die Ausgaben für Bildung werden steigen
- (16) Die Bundesregierung wird in der Außenpolitik stärker die Interessen der deutschen Wirtschaft vertreten
- (17) Es wird sich wahrscheinlich nicht viel ändern

Zu Frage 11

11022

BILDBLATT 2

RICHTIG:

NICHT RICHTIG:

L I S T E 3

- (1) Die Jüngerer
- (2) Die Unternehmer
- (3) Die Armen
- (4) Der Staat
- (5) Die Reichen
- (6) Die Arbeitnehmer (Angestellte, Arbeiter)
- (7) Die Älteren
- (8) Alle Bürger gleichermaßen
- (9) Die Rentner
- (10) Die Beamten
- (11) Frauen, die für die Kindererziehung aus dem Beruf ausgestiegen sind
- (12) Die Arbeitslosen
- (13) Die Ausländer, die bei uns leben
- (14) Die Geringverdienenden, Leute mit kleineren Einkommen
- (15) Die Familien mit Kindern
- (16) Der Mittelstand

BILDBLATT 4

GUTE MEINUNG:

KEINE GUTE MEINUNG:

**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten,
auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war.
Die Interviewer überreichten den Befragten die Karten in
zufälliger Reihenfolge.**

1

Die Staatsverschuldung abbauen

2

Mehr Verantwortung in Krisengebieten übernehmen, sich stärker engagieren

1

2

3

Einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen einführen

4

Familien finanziell stärker fördern

3

4

5

Dafür sorgen, dass in Deutschland mehr Betreuungsplätze für Kinder zur Verfügung stehen

6

Den Verbraucherschutz ausbauen

5

6

7

Dafür sorgen, dass die Energiewende Fortschritte macht

8

Darauf achten, dass Deutschland sich bei der Unterstützung anderer Euro-Länder nicht übernimmt

7

8

6

Dafür sorgen, dass die Energiepreise nicht so stark steigen

9.

01

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter verringern

10

11

Dafür sorgen, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich in Deutschland kleiner werden

11

12

Bürokratie abbauen

12

13

Dafür sorgen, dass sich die Wirtschaft in Deutschland gut entwickelt

13

14

Den Spitzensteuersatz erhöhen

14

15

Dafür sorgen, dass Rentner ausreichend abgesichert sind, von ihrer Rente auch leben können

15

16

Eine gesetzliche Frauenquote für Spitzenpositionen einführen

16

17

Steuerhinterziehung stärker bekämpfen

17

18

Mehr Geld für Schulen und Hochschulen zur Verfügung stellen

18

19

Die Interessen Deutschlands in Europa entschieden vertreten

19

20

Dafür sorgen, dass die Krise in der Euro-Zone bewältigt wird

20

21

Für gesunde und sichere Lebensmittel sorgen

21

22

Kleinere und mittlere Einkommen steuerlich entlasten

22

23

Dafür sorgen, dass die Rentenbeiträge stabil bleiben

23

24

Die Chancengerechtigkeit in Deutschland verbessern durch bessere Schulen und Betreuungseinrichtungen

24

1

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro für alle Branchen

1

2

Leiharbeiter sollen früher als bisher fest angestellt und früher als bisher genauso bezahlt werden wie festangestellte Mitarbeiter

2

3

Die Rente von Geringverdienern, die ihr Leben lang gearbeitet haben, soll aufgestockt werden, damit sie eine höhere Rente erhalten als Personen, die nicht so lange oder gar nicht gearbeitet haben

3

4

Berufstätige, die 45 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt haben, sollen schon mit 63 ohne Abzüge in Rente gehen können

4

5

Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sollen auch stärker bei der Rente anerkannt werden (Mütterrente)

5

6

Einführung einer Mietpreisbremse bei Neuvermietungen, also dass bei Neuvermietungen die Miete nicht zu stark steigen darf

6.

7

Der Zusatzbeitrag für gesetzlich Krankenversicherte soll in Zukunft vom Einkommen abhängen und nicht mehr für alle Versicherten gleich hoch sein

7

8

Die Beiträge zur Pflegeversicherung werden erhöht, um insbesondere die Versorgung von Demenzkranken zu verbessern

8

6

Patienten sollen über eine Terminvergabestelle innerhalb von vier Wochen einen Termin bei einem Facharzt bekommen

9.

01

Einführung einer PKW-Maut für Autobahnen

10

11

Ausweitung der LKW-Maut auf Bundesstraßen

11

12

Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren sind, müssen sich nicht mehr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden, sondern können auch eine doppelte Staatsbürgerschaft haben

12

13

Verstärkter Ausbau von schnellem Internet in ländlichen Regionen

13

14

Telefon- und Internetdaten der Bürger sollen in Zukunft mehrere Monate gespeichert werden (Vorratsdatenspeicherung)

14

15

Der Ausbau und die Förderung erneuerbarer Energien soll zurückgefahren werden, um den Anstieg der Strompreise zu begrenzen

15

16

Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für die Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen

16

71

Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen erhöht werden

17

81

Einführung eines Rechtsanspruchs auf Rückkehr zu Vollzeitarbeit, wenn Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit, z.B. familienbedingt, verringert haben

18

61

Eltern sollen die Elternzeit flexibler gestalten können als bisher

19

1

Wolfgang Schäuble

2

Heiko Maas

1

2

3

Frank-Walter Steinmeier

4

Thomas de Maizière

3

4

5

Angela Merkel

6

Christian Schmidt

5

6

7

Alexander Dobrindt

8

Barbara Hendricks

7

8

6

Anton Hofreiter

01

Ursula von der Leyen

9.

10

11

Hermann Gröhe

12

Gregor Gysi

11

12

13

Manuela Schwesig

14

Johanna Wanka

13

14

15

Sigmar Gabriel

16

Gerd Müller

15

16

17

Katrin Göring-Eckardt

18

Bernd Lucke

17

18

19

Horst Seehofer

20

Sahra Wagenknecht

19

20

21

Volker Kauder

22

Christian Lindner

21

22

23

Andrea Nahles

24

Peter Altmaier

23

24

Thomas Oppermann